

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13003.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvordruck 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Laufend. bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die 60tägige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Ein neues Königreich Polen.

Liebhechts Revision verworfen. — Das deutsche Unterseeboot U 20 gestrandet. — Eine stark ausgebaute Stellung an der rumänischen Front erstürmt.

Jahrestage des Weltkriegs.

6. November 1915. Die Russen aus den eroberten Stellungen am Swentensee wieder herausgeworfen. — Nordwestlich Satorynsk russische Angriffe abgeschlagen. — In Kraljowo 180 Geflügel erbeutet; deutsche Truppen vor Krusewatz; 3000 Serben gefangen.

Die neuesten Meldungen.

Die neue Stellung Galiziens.

Wien, 6. November. Ueber die neue Stellung Galiziens wird der Zeit von unterrichteter Seite mitgeteilt: Die Neugestaltung wird sich im Rahmen Oesterreichs vollziehen, soweit es dieser Rahmen zuläßt, so daß dem Lande das Recht eingeräumt wird, seine wirtschaftliche, kulturelle und finanzielle Lage selbst zu gestalten. Es ist zu erwarten, daß in kürzester Zeit der Rahmen, in dem diese Neugestaltung vor sich gehen soll, geschaffen sein wird. Die praktische Durchführung wird natürlich eine beträchtliche Zeit erfordern. Wie die oberste Exekutivgewalt in Galizien organisiert werden soll, ein Statthalter in der Stellung des Bundes oder ein eigenes Ministerium, ist eine Frage, deren Entscheidung der Zukunft vorbehalten bleibt. (Frankf. Ztg.)

U 53 und Deutschland.

Kopenhagen, 6. November. Nach Londoner Telegrammen aus Neungorff erklärte Kapitän König: Das Unterseeboot U 53 habe den Zweck gehabt, die britischen Kreuzer zu versenken, wenn sie einen Angriff auf das Handelsunterseeboot versuchten. Da U 53 aber weder die Bremen noch die feindlichen Kreuzer vorfand, habe es alle englischen Dampfer mit Kriegsmaterial versenkt, die es angetroffen habe. Kapitän König sagte weiter, es würden sich bald interessante Ereignisse an der amerikanischen Küste abspielen. Diese Erklärung steht in Uebereinstimmung mit Nachrichten, die von anderer Seite hierüber eingegangen seien. (Berl. Lokalanz.)

Der Austausch des Sanitätspersonals.

Konstanz, 6. November. Wolffs Bureau teilt mit: Durch die Presse ging dieser Tage die Nachricht, daß der Austausch des in Frankreich internierten Sanitätspersonals beendet sei. Andererseits wurde Klage darüber geführt, daß einzelnen zum deutschen Sanitätspersonal gehörigen Militärpersonen die Rückkehr nicht gestattet worden ist. Wir erfahren, daß der Austausch nicht beendet ist, sondern fortgesetzt wird, und daß voraussichtlich alle noch in Frankreich befindlichen Sanitätsmannschaften in absehbarer Zeit zum Austausch kommen und in die Heimat zurückkehren werden.

Schneestürme an der Kaukasusfront.

Konstantinopel, 5. November. Amtlicher Seeresbericht vom 5. November. An der Kaukasusfront dauern heftige Schneestürme und Regenstürme an.
Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Erdbeben in Rußland.

Petersburg, 4. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein sehr heftiges Erdbeben, dessen Epizentrum nach Ost gingen, hat in Edschnabad in stattgefunden. Die Bevölkerung fürzte, von Schrecken ergriffen, auf die Straße. Viele Häuser sind beschädigt, einige eingestürzt. Die Kathedrale hat Risse in der Südwand. Aus allen Dörfern werden schwere Schäden gemeldet.

Die deutschen und die österreichischen Tagesberichte vom 4. und 5. November befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Ein Königreich Polen.

Manifest des Generalgouverneurs.

Berlin, 5. November. Amtlich. Folgendes Manifest wird heute durch den kaiserlichen Gouverneur in Warschau, General der Infanterie v. Beseler, veröffentlicht:

An die Bewohner des Generalgouvernements Warschau!

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn, getragen von dem festen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen und von dem Wunsche geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, sind dahin übereingekommen, aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden. Die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen bleibt vorbehalten. Das neue Königreich wird im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte die Pflichten des Bundes, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee sollen die ruhmvollen Ueberlieferungen der polnischen Seeer früherer Zeiten und die Erinnerungen an die tapferen polnischen Krieger in dem großen Kriege der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird in gemeinsamen Einvernehmen geregelt werden.

Die verbündeten Monarchen geben sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler Entwicklung des Königreichs Polen nunmehr unter gebotener Rücksichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker erfüllen werden. Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreichs Polen aber werden an ihrer Dignität einen freien, glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freuden neu erblicken und anerkennen können.

Auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Deutschen Kaisers.
Der Generalgouverneur.

Ein Manifest für Galizien.

Wien, 4. November. (W. Z. V.) Die morgige Wiener Zeitung veröffentlicht nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben:

Lieber Dr. von Koerber!

Im Sinne der von Mir mit Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser getroffenen Vereinbarungen wird aus den von unsern tapferen Heeren der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebieten ein selbständiger Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung gebildet werden. Bei diesem Anlaß gedenke Ich bewegten Herzens vieler Beweise der Hingebung und Treue, die Ich im Laufe Meiner Regierung seitens des Landes Galizien erfahren habe, sowie der großen und schweren Opfer, die dieses Land im gegenwärtigen Kriege, dem heftigen feindlichen Anprall ausgesetzt, im Interesse der siegreichen Verteidigung der östlichen Reichsgrenzen zu bringen hatte und die ihm den dauernden Anspruch auf Meine wärmste väterliche Fürsorge sichern. Es ist daher Mein Wille, in dem Augenblicke, in welchem der neue Staat zur Entstehung gelangt, Hand in Hand mit dieser Entwicklung auch dem Lande Galizien das Recht zu verleihen, seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Seheben im Einklange steht, selbständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung zu bieten. Indem Ich Ihnen diese Meine Absicht kundtue, beauftrage Ich Sie, zu ihrer geschäftigen Verwirklichung geeignete Vorschläge auszuarbeiten und Mir vorzulegen.

Das Manifest der beiden verbündeten Mittelmächte ist ein wichtiges historisches Dokument. Ob es auch eine historische Tat bedeuten wird, das kann erst der Ausgang des Weltkriegs bestimmen. Der Friedensvertrag wird das Schicksal Polens endgültig festlegen können. Die Mittelmächte haben jetzt ein Kriegsjahr festgelegt. Sie haben damit dem bislang von Rußland beherrschten Teil des polnischen Volkes die Aussicht auf staatliche Selbständigkeit eröffnet. Die Befreiung Polens ist eine alte Forderung der Sozialdemokratie. Die Schwächung des russischen Zarentums ist im Interesse

der Freiheit Europas von den Vorkämpfern der Sozialdemokratie schon beim Entstehen unserer Partei als Ziel aufgestellt worden. Seitdem haben sich die Verhältnisse freilich sehr geändert. Die mit Riesenschritten vorwärtsgewandene innere Entwicklung Rußlands schuf ein revolutionäres Proletariat, das die Grundlagen des zaristischen Absolutismus allmählich unterwühlt. Der Krieg gegen Rußland, den Marx und Engels jahrzehntlang als eine der ersten Aufgaben der europäischen Demokratie und des europäischen Proletariats gepredigt haben, ist heute ein konterrevolutionäres Ereignis geworden, indem es die revolutionären Kräfte im Innern Rußlands bindet, die internationale Bestimmung der langsam zum Klassenbewußtsein erwachenden russischen Proletarier erschüttert und sie, wie die Geschehnisse in Rußland zeigen, wenigstens zum Teil den Verführungen der Nationalisten zugänglich macht und zur Unterstützung der zarischen Regierung bewegt. Deshalb kann die Sozialdemokratie heute den alten Schlußruf „Wider den Zarismus!“ nicht mehr uneingeschränkt in demselben Sinne, wie er vor Jahrzehnten galt, verstehen. Und deshalb hat auch die Befreiung Polens vom russischen Joch heute für uns nicht mehr die große, europäische Bedeutung wie ehemals. Die Arbeiterklasse steht heute die polnische Frage als ein vorwiegend polnisches Problem, dessen Lösung die Polen selbst vor allem angeht. Aus dem demokratischen Grundsatze des Selbstbestimmungsrechts der Völker ergibt sich dann, daß wir den Polen das Recht auf selbständige staatliche Existenz zugestehen, daß wir die Entscheidung über die Einrichtung ihres Staatswesens ihnen selbst zuerkennen müssen. Die Entfesselung eines europäischen Krieges um der staatlichen Selbständigkeit Polens willen könnte deswegen freilich nicht gebilligt werden, aber wenn ein einmal ausgebrochener Krieg die Möglichkeit bietet, Polen seine lange vorenthaltenen Rechte zu geben, so können wir das natürlich begrüßen. Selbstverständlich ist, daß die Sozialdemokratie ein Polen auf demokratischer Grundlage fordert.

Inwieweit die Polen diesem Ziel durch die Proklamierung der Mittelmächte näher kommen, läßt sich heute noch nicht erkennen. Das Manifest läßt viele Fragen vorerst unbeantwortet, schiebt ihre Lösung hinaus. Boreerst wird nur ein Bild des künftigen Polens in sehr allgemein gehaltenen, unbestimmten Strichen entworfen. Was daraus werden kann, das wird erst die Zeit ergeben. Wir sehen Ansätze für Entwicklungen vor uns, Fragen und Probleme. Was wir alles zu sagen und zu fragen hätten, das müssen wir heute noch zurückstellen. Nur eine freie Presse könnte das wichtige und bedeutende Thema fruchtbar und tiefer eindringend behandeln.

Wir müssen uns daher jetzt im wesentlichen damit begnügen, unseren grundsätzlichen Standpunkt zu der Frage darzulegen, wie oben geschehen und eine knappe Uebersicht über die Meinungen der Presse zu geben.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung,

das Regierungsblatt, feiert die „geschichtliche Entscheidung“ und fährt fort:

Hundert Jahre sind vergangen, seitdem die europäischen Mächte im Wiener Kongreß den Hauptkörper Polens aus dem westlichen Kulturkreis herausgenommen und Rußlands Händen anvertraut hatten. Nicht die „Vejährter der kleinen Nationen“ sind es, die jetzt dieses Land seiner nationalen Entwicklung zurückgeben, sondern die beiden Mächte, gegen die förmlich im Namen der kleinen Nationen der Gah der ganzen Welt aufgerufen worden ist. Die Westmächte haben Polen mancherlei platonische Sympathien bezeugt. Gar manches zu seiner Zeit verpflichtende „Vive la Pologne“ erklang aus dem Westen. Jedensmal, wenn sich die Polen im Vertrauen auf Hilfe aus London und Paris in den Kampf um ihre Unabhängigkeit begaben, zeigte es sich, daß sie auf leere Worte gebaut hatten. Von dieser Seite konnte ihnen die Freiheit nicht kommen. Wären heute die Entscheidungen anders gefallen, wären im Osten die russischen Waffen siegreich, so hätte wiederum für hunderte Jahre ohne Einspruch der Westmächte die Bevölkerung Rußlands ihre Ketten von Verpöschung zu Verpöschung geschleppt.

Die Befreiung Polens ist mit dem Siege Deutschlands und seiner Verbündeten verknüpft. Nur sie, nicht Rußland und nicht die Westmächte, haben an dem Bestand eines freien Polens ein eigenes Lebensinteresse. Die Erkenntnis dieses Interesses, zu der die Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert drängt, ist — wir wissen es wohl — noch nicht überall in Deutschland durchgedrungen. Und es

wäre falsch, in dieser Stunde die Bedenken zu verhehlen, die manchen patriotischen Mann bei uns hindern, mit freudigem Herzen den löhlichen Schritt anzugehen, der mit dem Manifest getan wird. Manche Erfahrungen mit den jetzt und in Zukunft unentzerrlich zum preussischen Staate gehörigen Polen scheinen dem großen Nutzen, den wir tun, nicht günstig zu sein.

Ueber allem Für und Wider aber steht beherrschend der Satz, daß wir um unserer eigenen Zukunft willen Polen nicht an Rußland zurückfallen lassen dürfen. Deutschlands Sicherheit verlangt für alle kommende Zeit, daß nicht aus einem als militärisches Ausfallort ausgebauten Polen russische Heere, Schlesien von Ost- und Westpreußen trennend, in das Reich einbrechen können.

Mancherlei ist während der Okkupation bei verständnisvoller Mitarbeit der Polen bereits geleistet worden. Auch militärische Kräfte sind von den Polen für die Befreiung vom russischen Joch eingesetzt worden. Die polnischen Regionen haben bereits in mancher Schlacht an der Seite der Mittelmächte ruhmvoll gegen Rußland gekämpft. Die Errichtung einer polnischen Wehrmacht ist also ein sich nichts Neues. Zudem die Mittelmächte den Polen den abmählichen Ausbau einer eigenen Wehrmacht gestatten, erfüllen sie ihnen einen brennenden Wunsch, der bei dieser militärisch so begabten Nation besonders heftig ist. Schritt für Schritt wird der Aufbau des polnischen Staatswesens weitergeführt werden.

Berliner Tageblatt.

Diesemigen Volkstiker, die prinzipiell den Gedanken des selbständigen Polens ablehnen, geben von verschiedenen Motiven aus oder führen doch verschiedene Beweggründe an. Sie weisen zunächst darauf hin, daß ein Teil der polnischen Bevölkerung auch im Kriege unentzerrlich geblieben, die Sympathie für Rußland keineswegs überall erloschen sei. Das ist gewiß nicht unrichtig, besonders die Bauernschaft ist vielfach noch vorwiegend russophil, und während ein Teil des polnischen Adels den Anschluß an Deutschland wünscht, sind bei Beginn des deutschen Einmarsches andre Adelsfamilien nach Petersburg geflohen, wo einige ihrer Mitglieder vergeblich versucht haben, die russische Regierung für eine Verklammerung der polnischen Selbständigkeit zu gewinnen. Natürlich wird es eine der wichtigsten Aufgaben der Zentralmächte und mehr noch der polnischen Parteiführer sein, allen polnischen Kreisen den Beweis zu liefern, daß ihr Interesse sie nicht nur auf ein Bündnis, sondern auch auf ein wirkliches Freundschaftsverhältnis mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn hinweist, und gleichzeitig die Erinnerung an die preussischen Polenverfolgungen auszulöschen. Es wird von den prinzipiellen Gegnern der jetzt angeführten Lösung die Befürchtung geäußert, daß unter den preussischen Polen der Wunsch, Anschluß an den polnischen Staat zu gewinnen, sich lebhaft regen und an großen Schwierigkeiten führen könnte. Es ist sehr wohl möglich, daß nach einiger Zeit solche Wünsche sich bemerkbar machen werden — ganz besonders dann, wenn man zu ihrer Verhinderung in aller Eile Schritte wieder nicht zu thun sollte als bürokratische Maßregeln. Aber welche Zustände würden sich ergeben, wenn Deutschland, nach so viel Versprechungen, freiwillig und auch in glänzendster Lage beim Friedensschluß auf die Wiederaufrichtung Polens verzichten wollte?

Kreuzzeitung.

Die Kundgebung des Generalgouverneurs von Warschau, die den Entschluß des Deutschen Kaisers und des Kaisers von Oesterreich zur Aufrichtung eines selbständigen polnischen Königreichs verkündet, ist ein Schritt von weitestgehender Bedeutung. Neben den Möglichkeiten der Lösung vorzuziehen, nimmt sie einen wesentlichen Teil der Kriegsergebnisse vorweg und schiebt unsre äußere und innere Politik in Fragen ersten Ranges dauernd auf feste Gleise. Wenn die Norddeutsche Allgemeine Zeitung von Bedenken spricht, die manchen patriotischen Mann hindern würden, diesen Schritt mit freudigem Herzen anzugehen, so müssen wir gestehen, daß auch wir uns die Gründe, die, nach dem jetzt, zu diesem Entschlusse geführt haben, nicht zu eigen machen können.

Deutsche Tageszeitung.

Die amtlichen Mitteilungen über eine Wiederherstellung des Königreichs Polen bedeuten in formeller Hinsicht, daß eine der wichtigsten „Kriegsziele“/Entscheidungen getroffen worden ist, ohne daß dem deutschen Volke vorher Gelegenheit geboten worden wäre, seine Meinung über die Frage zu äußern. Bekanntlich hat die Regierung wiederholt zugesagt, sie werde so früh die Erröderung der Kriegsziele freigeben, daß es dem deutschen Volke möglich sein werde, seine Ansichten und Wünsche rechtzeitig zum Ausdruck zu bringen. Nun hat die Regierung in einer Frage, die an Bedeutung schwerlich einer andern nachsteht, sich nicht in der Lage gesehen, ihre Zusage einzulösen. Wir wiederholen deshalb die Forderung, die Erröderung der Kriegsziele endlich freizugeben.

Wir stehen der Erröderung eines selbständigen polnischen Staatswesens nach den Umwälzungen, die der Weltkrieg gebracht hat, nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Aber ein solcher Schritt sollte nicht nur polnisch, sondern auch deutsche Lebensfragen auf; ob und wie weit dem Rechnung getragen wird, läßt sich erst übersehen, wenn die Gesamtwirkungen des Krieges auf die europäische Landkarte und die deutsche Macht und wenn die Sicherheiten bekannt sein werden, die hier im deutschen Interesse notwendig sind.

Vorwärts.

Die Ansichten für Polen, zu einer wirklichen freien Staatsverfassung zu gelangen, erscheinen wesentlich gebessert.

Das Manifest von Warschau bildet gewissermaßen ein wertvolles Hauptstück in einer Reihe von politischen Anstrengungen, die alle überall das gleiche Ziel verfolgen. Und so werden es die Polen auf der künftigen Staatenskonferenz, die Europa seine neue friedliche Gestalt geben wird, ausschließlich mit Wägen zu tun haben, von denen ihnen das Recht auf selbständige Existenz mehr oder weniger deutlich anerkannt worden ist.

Ausführlicher wird erst zu sagen sein, wenn die Debatte über die Kriegsziele freigegeben sein wird. Wir nehmen an, daß diese Freigabe in der kürzesten Zeit zu erwarten ist.

Unendlich viel wird ja auch von der Art der Ausführung abhängen, von der Bedeutung, die den Worten „konstitutionelle Verfassung“, „selbständiger Staat“, verliehen werden wird. Je deutlicher sich dabei herausstellen wird, daß dem polnischen Volk sein Schicksal frei in die eigene Hand zurückgegeben werden soll, desto mehr werden auch diese Bedenken schwinden.

Das letzte Wort wird die Geschichte sprechen. Der Frieden ist keine einseitige Willensbetätigung, sondern ein Vertrag. Möge dieser Vertrag so bald wie möglich geschlossen werden! Möge er allen Völkern, dem deutschen wie dem polnischen Volk die Freiheit bringen!

Die Proklamation hat in den besetzten polnischen Gebieten nach den Meldungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus freudige Zustimmung versammelter Massen gefunden. Wie weit das für die ganze Bevölkerung gilt, läßt sich nicht beurteilen. In Warschau fand die Verkündung des Manifests durch den Generalgouverneur v. Plescher im Schloße vor einer geladenen Versammlung von Honoratioren statt. Der Generalgouverneur hielt dabei eine Rede, die mit den Worten schloß:

Der polnische Staat erhebt, und bald wird, so hoffen wir, ein polnisches Heer, das sich aus freiem Willen um seine Fahnen schart, als Symbol staatlicher Selbständigkeit zu seinem Schutz bereitstehen. Der glänzlichen Zukunft des Königreichs Polen ist mein Wunsch.

Der Rektor der Warschauer Universität, Professor v. Brudziński, sprach für die Geladenen. Er betonte die „unverletzten Rechte des polnischen Volkes“, und sprach die Hoffnung aus, daß man sich bald von der aufrichtigen Willensmeinung der beiden Kaiserreiche überzeugen könne. Die beste Garantie erblickt er in der Ernennung eines Regenten und einer Ständekammer, bis ein pol-

nischer König an die Spitze des endlich organisierten und in seinen Grenzen festgelegten Reiches treten werde. Die Gemeinsamkeit der Interessen mit den Mittelmächten werde gute Vorbedingungen für ein gelöstes nationales Leben schaffen. Zum Schluß dankte er den beiden Kaisern.

Die Versammlung endete mit Hochrufen auf Polen und Deutschland.

Wie im Mehrheits-Vorwärts gefällig wird.

In der Reichstagsdebatte vom 31. Oktober hat der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Ebert, seine Verteidigungsrede zunächst der Vergewaltigung des Vorwärts mit den Worten beendet:

Wenn ein Mitglied aus unserer Körperschaft die Verantwortung für die Haltung des Vorwärts übernehmen muß, muß ihm selbstverständlich auch ein gewisser Einfluß auf die Redaktion eingeräumt sein. Das haben wir offen erklärt, daß künftighin der Vorwärts als Zentralorgan auch die Meinung der Mehrheit und nicht nur die der Minderheit wiederzugeben muß.

Es hieße offene Türen einrennen, wollte man sich noch über die jede Vergewaltigung der Wahrheit, die mit diesen Worten des Vorwärts des Parteivorstandes vorgenommen wird, entziehen. Wie der „gewisse Einfluß“, den der Parteivorstand durch sein Vorgesetztes Hermann Müller auf die Haltung des Vorwärts ausübt, gerichtet ist, zeigt das Aussehen des Vorwärts, nachdem er unter die Diktatur des Chefredakteurs von Belagerungszustand Gnaden geraten ist. Davon zeugt auch die enorme Zahl von Artikeln und sonstigen Beiträgen der Redaktion, die von Herrn Müller kraft seiner diktorischen Gewalt in seinem Papierkorb bearbeitet worden sind. Doch darauf allein beschränkt sich die Tätigkeit dieses einseitigen „Chefredakteurs“ nicht. Er vernichtet nicht bloß die meisten Arbeiten der Redaktion, er verstümmelt nicht bloß den Rest, er fällt sie auch — wo es ihm gut dünkt — redaktionslos Beträge, die vor seinen Augen Gnade gefunden haben, in das Genetisch um. Ein krasses Beispiel dieser Art bietet die Nummer des Vorwärts vom 1. November, die die eingangs erwähnte Rede Eberts bringt. Diese Nummer enthält einen kurzen Artikel: „Die amerikanische Liga zur Erzwingung des Weltfriedens“, der an der Hand der Berichte der bürgerlichen Presse über die Bestrebungen Wilsons informiert, einen Weltfriedensbund herzustellen. Diesen Bericht ist, nach dem Lokal-Anzeiger, eine Neuerung des Manchester Guardian angehängt, aus der hervorgeht, daß man in einflussreichen englischen Kreisen der Ansicht ist, alles hänge jetzt, angeht die Haltung des amerikanischen Präsidenten, davon ab, wie Deutschland sich zu dem Vorschlag der Schaffung einer Friedensliga unter den Völkern stellt, und ob es an dem — bekanntlich ablehnend — Standpunkt festhält, den es auf der letzten Haager Konferenz in der Frage eines obligatorischen Schiedsgerichts einnahm. Deutschland müsse sich jetzt ausdrücken — schloß diese Kundgebung des führenden englischen Blattes —, ob es mit diesen Grundgedanken einig sei und bereit, an ihrer Verwirklichung mitanzuhelfen.

Was hat nun Herr Müller aus diesem Bericht gemacht? Ihm genügt es nicht, den Lesern das Material zu unterbreiten, da für sich allein spricht. Deshalb hat er selbst noch einen Schluß „hinzugefügt“, der nach dem Hinweis auf das sozialdemokratische Programm und auf die Notwendigkeit eines „Friedens der Verständigung“ mit den schönen Worten schließt:

Ans Eberts Rede geht aber nicht hervor, daß England schon jetzt bereit sei, über einen solchen Frieden zu verhandeln.

Man fragt sich erstaunt, was dieser Nachsatz mit der grundsätzlichen Anerkennung des Schiedsgerichtsgedankens durch die deutsche Regierung zu tun hat, die ein wesentliches Hindernis zur Ausbannung des Friedens aus dem Wege räumen würde. Man kann freilich von einem „Zensur-Schussmann“ des Parteivorstandes nicht verlangen, daß er wissen soll, welche Folgen die Haltung Deutschlands in der Schiedsgerichtskfrage auf der zweiten Haager Konferenz, gehabt hat (selbst einer der deutschen Delegierten auf dieser Konferenz, der Staatsrechtler Professor Philipp Horn, hat es vor einigen Monaten ausgesprochen, daß er die ablehnende Haltung Deutschlands als einen „schweren politischen Fehler“, der sich „bitter rächen“ werde, angesehen habe und noch heute ansehe). Allein schon die elementarste politische Einsicht hätte Herrn Müller sagen müssen, daß durch diesen Nachsatz die politische Wirkung aller vorhergehenden Ausführungen aufgehoben und die Unfähigkeit der Regierung auf diesem Gebiete von vornherein festgestellt und gerechtfertigt wird. Wenn das die „Meinung der Mehrheit“ ist, die nach Eberts Worten im Vorwärts zur Geltung kommen muß, so hat Herr Müller allerdings seine Sache trefflich gemacht. Eine bessere Illustration zu der Bedienstetenrolle, zu der der Vorwärts nach dem Willen des Parteivorstandes in seiner Stellung zur Kriegspolitik der Regierung jetzt herabgewürdigt ist, kann man gar nicht verlangen. Daß hierbei mit den letzten Ueberresten der Parteiverfassung auch die elementarsten journalistischen Anstandsregeln mit Füßen getreten werden, ist nur eine natürliche Folge dieser Situation.

Vom Tage.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Der neunhündigsten Reichstagsdebatte am Freitag schloß sich eine elfstündige am Sonnabend an. So brachte es die Reichstagsmehrheit fertig, dem Wunsch der Regierung gemäß einige unvermeidliche Reichstagsarbeiten in ermüdenden Debatten schleunigst über die Aule zu brechen, damit die Volksvertretung nach Hause geschickt werden konnte, ehe sie Gelegenheit erhielt, über die Kernfrage der ganzen Gegenwartspolitik, über die Kriegsmahregeln und die Friedensherbeiführung sich auszusprechen.

Die Regierung bestand aber darauf, daß der Reichstag sich vertagen solle und zwar gleich auf ein Vierteljahr. Die Reichstagsmehrheit war schwächlich genug, darauf einzugehen. So wurde denn gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen die Vertagung bei Beginn der Sonnabenddebatte angenommen. Ein volles Vierteljahr ist die Volksvertretung nicht besamten in dieser kritischen Zeit, in der jeder Tag die folgenschwersten Entscheidungen bringen kann. Nur ein recht kümmerlicher Ersatz ist es, daß die Regierung den Zusammentritt der Budgetkommission während der Ferien zur Erörterung auswärtiger Fragen zugestanden hat. Die Reichstagsmehrheit hätte um so mehr Anlaß gehabt, auf eine kürzere Vertagung zu bestehen, um sich nicht dem Verdacht auszusetzen, daß ihr die Ferienfestungen

der Budgetkommission nur dazu diene, um ihre freiwillige Aufschaltung in dieser Zeit zu bemänteln.

In Haushaltsansicht des Reichstags erklärte am Sonnabend der Präsident der Reichsbank, Herr Havenstein, die Maßnahmen, die ein völliges Ausbleiben des Goldes für die Weltmarktindustrie nicht möglich sei. Es solle aber ein Höchstpreis für Gold festgesetzt werden, um die Spekulation mit Silber zu beschränken. Die Anträge wurden darauf zurückgezogen. In der Fortsetzung der Aussprache über die Arbeitsverhältnisse in der Munitionindustrie wies Hg. Bauer (Soz.) nach, daß die Steigerung der Löhne durchaus nicht so hoch sei, daß sie im Verhältnis zu der Lebensmittelerhöhung ständen. Die Rechte der Arbeiter auf Selbsthilfe seien aufs äußerste eingeschränkt. Leider ginge die Militärbehörde nicht mit dem nötigen Nachdruck vor, um die Einrichtung der Schlichtungskommission zu erzwingen. — Hg. Giesberts schloß sich diesen Ausführungen an. — Hg. Dr. Drieh (Soz.) widersprach wiederum der Einrichtung von Schlichtungsämtern. — Oberst v. Wrisberg meinte, die Militärbehörde habe ein warmes Herz für die Arbeiter. Er müsse zugeben, daß die Schlichtungskommission, wo sie eingerichtet sind, gut gearbeitet haben. — Hg. Spiegel (Soz.) brachte dann noch einmal die Vorschläge in Rheinland-Westfalen zur Sprache.

Die Arbeiten des Ausschusses waren damit beendet. Wie das Berliner Tageblatt aber hört, soll er voraussichtlich am kommenden Donnerstag wieder zusammentreten, um Mitteilungen des Reichskanzlers über Fragen der auswärtigen Politik entgegenzunehmen. Es handelt sich hierbei wohl um die Erörterung der polnischen Frage. Vermutlich werden die Verhandlungen wieder vorläufig sein.

Die Kommission für Bevölkerungspolitik hielt am Sonnabend noch eine kurze Sitzung ab. Auf Grund von Besprechungen der Unterkommission mit Regierungsvorkämpfern wurden die von der Regierung geforderten statistischen Anträge über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Geiste einseitig festgestellt. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Regierung einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Prostitutionswesens vorbereitet. Die Mitglieder der Unterkommission beabsichtigen, in unverbündlichen Zusammenkünften während der Vertagung des Reichstags die Arbeiten der Kommission weiter vorzubereiten.

Der Reichskanzler hat bekanntlich gegen den Grafen Reventlow Strafantrag wegen Verleumdung gestellt, die in den Reden gefunden wird, die Graf Reventlow aus Anlaß der Tagung des „Unabhängigen Ausschusses“ im preussischen Landtag getan hat. Vernehmungen von Persönlichkeiten, die an der Sitzung des Ausschusses teilgenommen haben, sind, wie der Deutsche Kurier berichtet, bereits erfolgt. Sie hatten angeblich das Ergebnis, daß die beleidigenden Äußerungen nicht festgestellt werden konnten. Der von der Germania gedruckte Bericht habe sich als eine tendenziöse Aufmachung erwiesen. Es bestehe deshalb die Ansicht, daß der Reichskanzler seinen Strafantrag zurückziehen werde.

Ob der Reichskanzler den Strafantrag gegen den alldeutschen Grafen zurückzieht oder nicht, ist an sich herzlich gleichgültig. Viel wichtiger wäre es, zu erfahren, was denn nun eigentlich in der Sitzung des „Unabhängigen Ausschusses“ gesprochen wurde und in welchen Punkten der von der Germania veröffentlichte Bericht als unrichtig und tendenziös erwiesen werden kann. Die Fuhrmann und Konjunktur schweigen sich aber über die eigentlichen Vorgänge in der Sitzung mit einer Beharrlichkeit aus, die man sonst an ihnen zu finden nicht gewohnt ist.

Die Lage in Griechenland.

Ablehnung einer Forderung des französischen Admirals.

Athen, 4. November. (Reuter.) Admiral Jounet verlangte die Einwilligung der griechischen Regierung dazu, daß ihre letzten Flottenkräfte unter französischer Flagge und mit französischer Besatzung zum Schutze gegen deutsche U-Boote verwendet würden. Das Kabinett hielt heute früh eine Beratung unter Vorsitz des Königs ab. Es beschloß die Forderung des Admirals als unannehmbar abzulehnen, da eine Einwilligung gleichbedeutend mit dem Aufgeben der Neutralität sein würde.

Das Gesicht bei Ekaterini.

Bern, 4. November. (W. T. A.) Cecelo meldet aus Athen: Laut Kleiteros Typos haben die Ententesandten die Frage der Besetzung Ekaterinis erörtert und beschlossen, eine neutrale Zone zu schaffen, um Zusammenstöße zwischen Athen und Saloniki zu vermeiden. Ekaterini würde der Saloniker Regierung und Salontiki zusammenstöße zwischen Revolutionären und Königstreuen hätten jedoch schon begonnen.

Das Blatt Athenai meldet, die Königstreuen von Vithori hätten die Revolutionäre, die Ekaterini besetzt hielten, angegriffen. Das Gesicht dauere an. Die Königstreuen, die Verstärkungen erhalten hätten, hätten 35 Tote und 20 Verwundete gehabt. Die Verluste der Revolutionäre seien unbekannt.

Der Krieg zur See.

Ein englischer kleiner Kreuzer vernichtet.

Berlin, 4. November. (Mitteil.) Am 28. Oktober hat eines unserer Unterseeboote einen englischen kleinen Kreuzer älteren Typs mit zwei Schornsteinen westlich Irland vernichtet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ein Unterseeboot gesunken.

Berlin, 5. November. (Mitteil.) Am 4. November, abends, ist das Unterseeboot U 20 im Nebel nördlich Borkum an der westjütischen Küste festgekommen. Alle Abschleppversuche der sofort zu Hilfe gerufenen Torpedoboote blieben erfolglos. U 20 wurde daher am 5. November, mittags, gesunken, nachdem die Besatzung von unsern Torpedobooten geborgen war.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Bericht.

Es werden als versenkt gemeldet: Das Motorschiff Franz, der Dampfer Munchild, der Bergener Dampfer Saturn, die Dampfer Yvanhoe und Thor aus Drontheim, der britische Dampfer Brierley Hill (1188 T.). In Toulon wurden 76 Mann, drei Frauen und zwei Kinder von einem im Mittelmeer versenkten englischen Schiffe, dessen Name nicht genannt wird, geborgen.

Die Reise der Deutschland.

London, 2. November. Daily Telegraph meldet aus New York vom 1. November: Kapitän König hat einen Artikel über die Reise der Deutschland veröffentlicht. Das Schiff hat 8000 Seemeilen zurückgelegt, davon nur 100 unter Wasser. Er schloß lebhaft die Schreden des Golfstromes, der die Temperatur im Schiff auf 137 Grad Fahrenheit brachte, und erzählt von einem Panzer auf dem Grunde des Ozeans. Einmal tauchte das Schiff zu schnell, so daß es ganz kentrecht stand; aber die Ladung blieb in der richtigen Lage. Die Erfahrungen der Deutschland unterscheiden sich sehr von denen der letzten Reise. Sie entging mehrmals mit genauer Not feindlichen Kriegsschiffen.

Beschlehung zweier holländischer Schiffe.

Haag, 4. November. (W. Z. B.) Die Wochenchrift Tokomst meldet, daß das holländische Unterseeboot K. I. und das Belgische Schiff Witte Zee auf der Reise nach Indien, obwohl beide Fahrzeuge durch ihre Flaggen deutlich als holländische erkennbar waren, an der französischen Westküste von einem französischen Dampfer ohne vorherige Unternehmung beschossen worden sind. Die Granaten fielen in geringer Entfernung von den Schiffen ins Wasser. Nach einiger Zeit sah man offenbar den Fehler ein und hörte mit dem Feuer auf. Die betreffenden französischen und englischen Kommandanten haben es aber nicht für nötig gehalten, sich wegen dieses Mißgriffs zu entschuldigen oder sich zu überzeugen, ob die Schiffe durch das Feuer beschädigt worden seien.

Der Balkankrieg.

Die bulgarischen Tagesberichte.

Sofia, 3. November. Bulgarischer Generalstabsbericht. Mazedonische Front. Ein Angriff schwacher feindlicher Einheiten auf das Malis-See wurde zurückgeschlagen. Unsere Einheiten in der Ebene von Vitolia wurden von feindlicher schwerer Artillerie erfolgreich beschossen. Schwache feindliche Angriffe gegen Tarnowa und Dobrupolje wurden abgewiesen. Im Warbatal schwache Artillerietätigkeit. Am Fuße der Belasica-Planina Ruhe. Ein feindliches Flugzeug warf wirkungslos Bomben auf die Dörfer Viskul-Nahle und Buzjak ab. Im Struma-Tal wirkungsloses Artilleriefeuer mit Unterbrechungen. Der Feind hat das Dorf Kataraska preisgegeben. An der Küste des Ägäischen Meeres Ruhe. Rumänische Front. Die Lage ist unverändert. Zwei feindliche Kriegsschiffe bombardierten Constanza, wurden aber von den Küstenbatterien vertrieben.

Längs der Donau schwache Artillerie- und Infanteriefeuer. Sofia, 4. November. Bulgarischer Generalstabsbericht. Mazedonische Front. Nichts Wichtiges zu melden. Lage unverändert. Rumänische Front. In der Dobrubtscha wurde ein schwacher feindlicher Angriff bloß durch Artilleriefeuer zurückgeschlagen. An der Donau bei Ditenica, Nikschut-Zimmultsch und Beghen beiderseitige Artillerietätigkeit. Heute besetzte ein Monitorgeschwader die nördlich vom Dorfe Pirgos gelegene Insel, landete auf dem gegenüberliegenden Ufer einige Abteilungen und erbeutete zwei Kanonen von 57 Millimeter Kaliber, vier Munitionswagen und 150 Granaten. Eine gegen sie entsandte Kompanie wurde vertrieben.

Sofia, 5. November. (Amtlicher Bericht vom 5. November.) Mazedonische Front: Die Lage ist unverändert. Feindliche Flugzeuge griffen heute bewohnte Ortschaften hinter der Front an, ohne bemerkenswerten Schaden zu verursachen. Am Fuße der Belasica-Planina heftiger Feind ergebnislos die Dörfer Bolnich, Oshoditsa, Loulovo und Gornj Vorof. Im Struma-Tal schwache Artilleriefeuer. An der Küste des Ägäischen Meeres Ruhe. Rumänische Front: In der Dobrubtscha-Gefilde mit vorgeschobenen Abteilungen. Feindliche Schiffe beschossen Constanza und Mangalia, zogen sich aber, von unsern Wasserflugzeugen angegriffen, aufs hohe Meer zurück.

Vom türkischen Krieg.

Der türkische Tagesbericht.

Konstantinopel, 5. November. Meeresbericht vom 4. November: Kein wichtiges Ereignis auf den Kriegsschauplätzen. Der stellvertretende Oberbefehlshaber. Konstantinopel, 5. November. Amtlicher Meeresbericht. Mazedonische Front: Unsere Flugzeuge warfen am 1. November erfolgreich eine große Anzahl von Bomben auf Suez und den Hafen Tewfik sowie auf Eisenbahnanlagen der Engländer westlich des Kanals. Karakass-Front: Nördlich von Niks fanden für uns glänzende Schmarmlige statt. In den Gestaden des Darnot haben wir Erfolge davongetragen, die noch ausgebaut werden. Im Zentrum und auf dem linken Flügel Schmarmlige, gleichfalls zu unsern Gunsten.

Die Russen, die sich auf einem Wege, der von ihnen für die Mobilisation und die Menschenrechte kämpfenden Verbündeten zuerst betreten wurde, nicht wollen überreifen lassen, scheinen jetzt für ihre Marine im Schwarzen Meer eine ruhmreiche Aufgabe gefunden zu haben. Sie ahmen die Taten der Engländer und Franzosen an der Ägäischen Küste nach und landen unter dem Schutz ihrer Artillerie an verschiedenen Punkten der Küste Mäanderbänke. Diese haben keine weitere militärische Aufgabe zu erfüllen, als das Tob und Gut unserer feindlichen unverteidigten Bevölkerung zu plündern und ihre Wohnstätten anzuzünden. Nach Vollendung dieser Gemeinheiten nimmt die russische Flotte die Hauptrolle der Mobilisation bringenden Entente wieder an Bord und zieht sich in ihre Häfen zurück. Dieses neue Ehren- und Ruhmesblatt, das die russische Flotte soeben der Geschichte ihres Landes hinzugefügt hat, muß die Russen stolz machen und wert, daß man sie dazu beglückwünscht.

Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

Deutschland.

Liebnechts Revision verworfen.

Berlin, 4. November. (W. Z. B.) In der heutigen Verhandlung des Reichsmilitärgerichts wurde die Revision des Dr. Liebnecht gegen das oberkriegsgerichtliche Urteil des Gouvernementsgerichts Berlin verworfen.

Liebnecht war am 28. August vom Oberkriegsgericht des Berliner Gouvernements wegen versuchten Kriegsverrats, erschwerter Ungehorsams und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu vier Jahren einen Monat Zuchthaus, Ausstoßung aus dem Heere und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Auf Antrag des Reichsmilitärkanzlers Steinberger wurde im Interesse der Staatssicherheit und militärischer Interessen die Öffentlichkeit bis zur Urteilsverkündung ausgeschlossen. Nach zweifelhafter Verhandlung verkündete der Verhandlungsführer Senatpräsident Zwele in öffentlicher Sitzung:

Der Gerichtshof hat die Revision des Angeklagten verworfen. Der Angeklagte war wohl zur Reichstagsverhandlung beurlaubt, er war aber zweifellos aktiver Soldat und unterstand der Militärgerichtsbarkeit. Der Angeklagte hat sich auch des versuchten Kriegsverrats schuldig gemacht. Kriegsverrat ist ein im Kriege begangener Landesverrat. Wenn der Angeklagte auch vielleicht nicht die Absicht hatte, dem Feinde Vorlauf zu leisten oder die Heeresmacht Deutschlands zu schwächen, so hat er doch vorsätzlich gehandelt und es genügt, daß die Handlungswelt des Angeklagten geeignet war, diese Wirkung hervorzuheben. Dem Angeklagten ist vom Berliner Bezirkskommando auf Grund eines Allerhöchsten Erlasses, wonach Unteroffizieren und aktiven Mannschaften verboten ist, an revolutionären oder sozialdemokratischen Versammlungen teilzunehmen, der Befehl erteilt worden, sich von derartigen Veranstaltungen fern zu halten.

Er hat sich nicht allein des erschweren Ungehorsams schuldig gemacht, er hat auch Widerstand gegen die Staatsgewalt begangen. Die Exekutivbeamten waren genötigt, im Interesse der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung den Angeklagten auf dem Potsdamer Platz im Inneren der staatlichen Sicherheit zu verhaften. Er hat sich dieser Verhaftung widersetzt und den Beamten Widerstand geleistet. Die Abverkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ist dem Ermessen des erkennenden Gerichts anheimgestellt und entzieht sich der Nachprüfung des Revisionsrichters. Aus allen diesen Gründen ist die Revision verworfen und die Kosten des Verfahrens werden dem Angeklagten auferlegt.

Gefängnisstrafe für Flugblätterverbreitung.

Die Berliner Presse berichtet: In den jüngsten Reichstagsdebatten über die Schußhaft spielte bekanntlich auch das Schicksal zweier Mädchen eine Rolle, die in Schußhaft genommen worden waren und dabei trübe Erlebnisse gehabt haben sollen. Diese beiden Mädchen fanden jetzt vor der 138. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte. Die 18jährige Arbeiterin Hermine Stern und die ebenso alte Schneiderin Elisabeth Trobach wurden beschuldigt, im Juni d. J. Truchtschriten, nämlich Flugblätter, verbreitet zu haben, die nicht bloß nach der Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken vom 10. März 1916 vorgeschriebenen Vermerke über Drucker und Verleger oder Herausgeber trugen. Am Tage der Verhaftung des Hrn. Liebnecht hatten die Angeklagten derartige unzulässige Zettel und größere Flugblätter, in denen u. a. Frauen zu einer Protestversammlung gegen den Krieg aufgefordert wurden, in Berlin und Charlottenburg verteilt. In dieser Tätigkeit waren sie von der Polizei festgenommen und im letzten Verhör dann in Schußhaft genommen worden, aus der sie nach 8 1/2 Monaten wieder entlassen wurden. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß die Angeklagten bei ihrer Jugend sich wohl der Tragweite ihrer Handlung nicht voll bewußt gewesen sein könnten, erklärten beide, daß sie sich vollkommen klar darüber gewesen seien, was sie getan hätten. Mit Rücksicht auf die ganzen Umstände beantragte der Staatsanwalt 6 Monate Gefängnis. — Der Verteidiger machte demgegenüber geltend, daß den Angeklagten, wenn sie sich auch sonst über alles klar gewesen sein müßten, jedenfalls nicht bekannt gewesen sei, daß sie sich durch Verteilen von Zetteln ohne die vorgeschriebenen Vermerke strafbar machten. Der Gerichtshof stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß bei ihnen auch hierüber keine Unkenntnis bestanden habe, und erkannte auf je 6 Wochen Gefängnis. Mitbestimmend für das Strafmaß sei zwar der ausweisende Inhalt der Zettel, als strafmildernd komme jedoch das jugendliche Alter der Angeklagten in Betracht, ferner sei nicht unberücksichtigt geblieben, daß die Angeklagten sich bereits längere Zeit in Schußhaft befunden hätten.

Die Schußhaft ist also nicht angerechnet worden. Ueber Verletzungen in der Kriegsmetallgesellschaft ist im Reichshandelsblatt am 21. Oktober gesprochen worden. Dazu teilt Wolffs Bureau jetzt mit: „Es hat sich um Verletzungen einer unterer Angestellten (Urkundenfälschung) gehandelt, die mit den Geschäften der Kriegsmetall-Gesellschaft in keinem Zusammenhang standen.“

Eine kleine Viehzählung findet am 1. Dezember 1916 im Deutschen Reich statt; sie erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Ziegen und Ferkel.

Großbritannien.

Die Anleihe in Amerika.

London, 3. November. Reuters meldet aus New York, daß die britische Anleihe von 60 Millionen Pfund Sterling voll gezeichnet worden ist.

Die deutschen Tagesberichte.

Großes Hauptquartier, 4. Nov. Amtlich. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Schärfer Artilleriekampf ging feindlichen Angriffen voran, die aber in unserm Feuer nur in beschränktem Umfang zur Durchschießung kamen, so nordwestlich von Courcellette und im Abschnitt Guedecourt-Lesbois: Sie wurden abgeschlagen. Neue feindliche Flugzeuge sind im Luftkampf und durch Abwehrgeschosse abgeschossen.

Heeresgruppe Kronprinz.

Gegen unsere Höhenstellungen östlich der Maas schwoh das feindliche Feuer am Nachmittag erheblich an. Französische Vorstöße zwischen Douaumont und Bazur wurden erfolglos.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold v. Bayern.

Unsere Erfolge links der Karajowka wurden durch Erstürmung weiterer Teile der russischen Hauptstellung südlich von Polow. Krassnossie erweitert und gegen Wiedereroberungsversuche des Feindes behauptet.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

In dem Nordteil der siebenbürgischen Ostfront ist die Gefechtsintensität wieder zugenommen, ohne doch es bisher zu bemerkenswerten Infanteriekämpfen gekommen ist. In der Südfront wurden einzelne rumänische Angriffe abgewiesen. Die Höhe Rosca (südlich des Altschana-Passes) wurde vom Gegner besetzt. Südwestlich von Predeal gewannen wir eine rumänische Stellung, die wir im Nachhinein am 2. November bereits besetzt, in der folgenden Nacht aber wieder verloren hatten; über 250 Gefangene fielen hier in unsere Hand.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Bei einer Unternehmung österreichisch-ungarischer Monitore gegen eine Donau-Insel südwestlich von Ruschut wurden zwei Geschütze und vier Minenwerfer erbeutet. In der Dobrubtscha keine Veränderung.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Großes Hauptquartier, 5. Nov. Amtlich. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Ubergreifend auf die Front nördlich der Aisne erreichte die Artillerietätigkeit nördlich der Somme große Heftigkeit. Feindliche Zeilangriffe hart östlich der Aisne, nördlich von Courcellette, bei Guedecourt und nordwestlich von Tilly wurden abgeschlagen.

Heeresgruppe Kronprinz.

Auf die in der letzten Zeit häufigere Beschlebung rückwärtiger, von der Bevölkerung nicht geräumter Ortschaften unserer Champagne-Front von Feind her antworteten wir gestern mit Feuer auf diese Stadt.

Rechts der Maas stellenweise gesteigerter Feuerkampf.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold v. Bayern.

Eine wohl vorbereitete kleinere Unternehmung brachte uns fast ohne eigene Verluste in den Besitz des Dorfes Woskietz (östlich von Gubulitsch). Der Feind ließ über 60 Gefangene, mehrere Maschinengewehre und Minenwerfer in unsere Hand.

Die Lage ist im übrigen unverändert.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

Im nördlichen Siebenbürgen gewannen die Russen im Tölgnes-Abchnitt wichtige Vorteile. An der Südfront sind gestern eingeleitete Kämpfe zwischen der Aischaung und Bodza-Pahstrake noch im Gange. Die Höhe Roden ist von uns zurückgewonnen. — Durch Erstürmung des Clabucetu-Batului wurden die bisherigen Erfolge vorwärts des Predeal-Passes vervollständigt; die ganze, besonders hart ausgebaute und mit Erbitterung verteidigte Clabucetu-Stellung ist damit in unsern

Besitz. Die verbündeten Truppen haben hier mit den gestern ein-gebrachten 13 Offizieren (darunter 1 Regimentskommandeur) und 647 Mann im ganzen 1747 Rumänen gefangen genommen, 8 Geschütze und 20 Maschinengewehre erbeutet.

Besondere Anerkennung verdienen die Leistungen unseres Infanterieregiments Nr. 168. — Bei der Ausräumung des Gefechtsfeldes nordöstlich von Campotung wurden allein zwischen dem Argesulul- und Targulul-Tal rund 1000 Rumänen beerdigt. — In fortwährendem Angriff südlich des Nuten-Turm-Passes und in heftigem Gefecht westlich der Saureb-Pahstrake gegen hier vorgedrungene rumänische Abteilungen machten wir über 150 Gefangene.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Constanza und Mangalia wurden von See her beschossen. In Constanza ist Schaden angerichtet. Durch die Allenerklärung und Fliegerangriffe wurden die feindlichen Schiffe vertrieben.

Mazedonische Front.

Keine Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Die österreichischen Tagesberichte.

Wien, 4. November. Amtlich wird verkauft:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

Der Feind setzte in der nördlichen Masche seine Angriffe fort. Von der Ausräumung der Grenchöhe Roden (im Raume südlich von Braiso) abgesehen, hatte er nirgends Erfolg. In den Kämpfen um eine gegen heftige Angriffe behauptete Höhenstellung südwestlich von Predeal wurden über 350 gefangene Rumänen eingebracht. An der siebenbürgischen Ostgrenze erhöhte rumänische Artillerietätigkeit.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold v. Bayern.

Bei Bohorodczany überließ ein A. u. A. Jandkommando die russischen Vorposten und ebnete deren Stellungen ein.

An der Karajowka erklärten deutsche Bataillone abermals einige russische Gräben und behaupteten sie gegen erbitterte Gegenstöße.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nach den schweren Kämpfen des 1. und 2. November verlief der Vormittag des 3. an der Schlachtfront des Aaltenlandes ohne größere Kampfhandlung, am Nachmittag nahm jedoch die Artillerietätigkeit der Italiener wieder zu.

Auf dem Karst wurden wiederholte Ansätze zu Angriffen durch unser Sperrfeuer überwachet. Der Feind konnte trotz zahlloser Versuche nirgends Raum gewinnen.

Im Wippach-Tale stießen abends starke feindliche Kräfte bis in unsere Stellungen zwischen Verjova und Viala vor. Durch Gegenangriff wurden kurz darauf alle Gräben von den Unsrigen wieder zurückgewonnen.

Vor den Hindernissen von So. Katarina und Dember verbüßeten mehrere Bersaglierer-Bataillone in erfolglosen Angriffen.

Die Zahl der seit 1. November gemachten Gefangenen ist auf 3500 gestiegen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Soeler, Feldmarschall-Deputant.

Ereignisse zur See.

Am 3. d. M. abends besetzte ein Seesflugzeugschwader die militärischen Objekte von San Canziano, Moutalcone und die Arbeitswerke ausgiebig mit Bomben.

Notizkommando.

Wien, 5. November. Amtlich wird verkauft:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Eine Gruppe österreichisch-ungarischer Monitore hat am 3. November auf der Donauinsel Dima und auf dem gegenüberliegenden rumänischen Ufer Abteilungen aus Land gefest; diese verteidigten den Feind und nahmen ihm zwei Geschütze und vier Munitionswagen ab. Rumänische Verstärkungen wurden in die Flucht geschlagen.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

Westlich der Saureb-Pahstrake setzten die Rumänen ihre Angriffe ohne Erfolg fort. Südlich des Nuten-Turm-Passes (Nuten-Turm-Passes) gewannen wir Gelände. Südwestlich von Predeal nahmen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen in erbitterten Kämpfen die stark verbaute und zahlreich verteidigte Clabucetu-Stellung und im letzten Nachdrängen noch eine zweite feindliche Linie. Der Gegner ließ 14 Offiziere (unter ihnen einen Regimentskommandanten) und 647 Mann in unserer Hand, wovon die Gesamtbeute aus den Kämpfen südlich von Predeal auf 1747 Gefangene, 8 Geschütze und 20 Maschinengewehre liess.

Im Grenzraum östlich von Kronstadt (Braiso) setzten die Rumänen ihren Angriff an, in der Gegend von Tälges wurde unsere Front an zwei Stellen um etwa zwei Kilometer zurückgedrückt.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold v. Bayern.

Nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf dem Karste richteten die Italiener gestern ihre Hauptanstrengungen gegen unsere Stellungen im südlichen Teile der Gochflähe. Diesmal war der Raum um Jamiano der Brennpunkt des Kampfes. Unsere dortigen Gräben wurden von Feind an unter heftigem Feuer gehalten, das jedesmal vor dem Vorgehen der Infanterie an Stärke zunahm. Alle Angriffe, ganz besonders aber der letzte, der nach um 8 Uhr nachmittags verlustig wurde, brachen unter den schwersten Feindverlusten vor unsern Linien zusammen.

An den anderen Teilen der Schlachtfront dauert der Artilleriekampf mit ungeschwächter Kraft fort.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In unserm Bereich nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Soeler, Feldmarschall-Deputant.

Zur geistl. Beachtung für unsere Postabonnenten!

Es gehen uns fast täglich aus der Reihe unserer Postabonnenten Beschwerden über unpünktliche Zustellung unserer Zeitung zu. Da die Ausgabe der Zeitung an das hiesige Zeitungspostamt stets pünktlich erfolgt und uns nur die Zahl, nicht aber die Namen der Postabonnenten bekannt sind, so bitten wir die Beschwerdeführer, sich an dasjenige Postamt zu wenden, bei dem die Bestellung erfolgt ist.

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herr, Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Anna Lehmann, Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Verbrauchszucker.

Auf Grund von Ziffer 10 der Verordnung des Ministeriums des Innern über den Verkehr mit Verbrauchszucker vom 4. Mai 1910 wird folgendes bestimmt:

§ 1.

Zur Durchführung der Zuckerverforgung erhalten

- a) Zuckerkarten:
 1. die im Stadtbezirk wohnenden zur bürgerlichen Bevölkerung gehörenden Personen,
 2. die im Stadtbezirk wohnenden Offiziere und Militärbeamten und die Verpflegungsgeldempfänger, Kranke, die aus Gesundheitsrücksichten Zucker nicht verbrauchen dürfen, haben, wenn sie Zulasskarten für andere Nahrungsmittel erhalten, die Zuckerkarten zurückzugeben.

- b) Zuckerbezugsausweise:
 3. die im Stadtbezirk befindlichen Wägereien, Konditoreien, Apotheken, Krankenhäuser und Anstalten entsprechend dem Umfang ihres Betriebes und den verfügbaren Zuckervorräten. Den Gastwirtschaften und ähnlichen Betrieben wird Zucker für die Zwecke, für die sie solchen verwenden dürfen, durch das Gewerbeamt nach besonderer Regelung zugeteilt.

Inwiefern für andere Personen und Betriebe und Anstalten Zuckerkarten oder Zuckerbezugsausweise auszugeben werden können, bleibt der von Fall zu Fall zu treffenden Entscheidung des Rates vorbehalten.

Besuchsfremde und Militärurlauber erhalten keine Zuckerkarten. Das Nähere über die Ausgabe der Zuckerkarten und Zuckerbezugsausweise wird rechtzeitig vor jeder Ausgabe in den Tageszettungen bekanntgemacht.

§ 2.

Personen, die am 25. April 1910 einen Zuckervorrat von mehr als 20 Pfund in ihrem Haushalt befehlen haben, haben so lange keinen Anspruch auf Zuckerkarten, als der Vorrat, nach dem jeweiligen Verbrauch berechnet, zu ihrer Versorgung ausreicht. Sie erhalten Zuckerkarten erst bei Ablauf dieses Zeitabschnittes in der Kartenausgabestelle, in deren Bezirk sie wohnen.

Die vorstehende Bestimmung findet auf die in § 1 unter b 3 genannten Betriebe und Anstalten entsprechende Anwendung. Bei Ablauf des Zeitabschnittes, für den der Vorrat reichen muß,

sind die Zuckerbezugsausweise im statistischen Amt, Kartenverteilung, zu entnehmen und zwar von den gewerblichen Betrieben Rudolphstraße 2a und von den Krankenhäusern und Anstalten Rathhausring 7.

Bezugsberechtigte, die Zuckerkarten oder Zuckerbezugsausweise erhalten haben, obwohl ihnen solche nach den vorstehenden Bestimmungen nicht zustehen, sind verpflichtet, diese unverzüglich der Ausgabestelle zurückzugeben.

§ 3.

Die Zuckerkarten und Zuckerbezugsausweise sind nicht übertragbar. Es ist jedoch zulässig, daß innerhalb einer Hauswirtschaft die zugeteilten Zuckerkarten gemeinsam verbraucht werden.

Auf der Rückseite der Zuckerkarte und zwar auf der Stammliste, nicht auf dem Bezugsausweis, und auf der Rückseite der besonderen Bezugsausweise für Gastwirtschaften, Wägereien, Konditoreien usw. ist von dem Kartenempfänger Name und Wohnung genau aufzuschreiben. Die für die Mitglieder eines Haushalts ausgegebenen Karten sind von dem Haushaltungsvorstand und die für die in § 1 b 3 bezeichneten Betriebe und Anstalten ausgegebenen von deren Inhabern oder Leitern mit der erforderlichen Aufschrift zu versehen. Dies hat zu geschehen, bevor die Karten in Gebrauch genommen werden.

§ 4.

Verlorene Zuckerkarten und Zuckerbezugsausweise werden nicht ersetzt.

§ 5.

Zuckerverforungsberechtigte Personen, die aus dem Stadtbezirk verziehen, können mit vorher eingeholter Genehmigung der Kartenausgabestelle, in deren Bezirk sie wohnen, den beim Händler auf die Zuckerkarten angemeldeten, aber noch nicht gekauften Zucker in voller Höhe bis zum Ende des Versorgungsabschnittes entnehmen. Wollen oder können sie hiervon keinen Gebrauch machen, so haben sie ihre Zuckerkarten in der vorstehend genannten Kartenausgabestelle zurückzugeben. Diese wird ihnen, wenn sie nach einem jährlichen Dreie verziehen, gemäß Ziffer 9 der Verordnung des Ministeriums des Innern über den Verkehr mit Verbrauchszucker vom 4. Mai 1910 eine neue Zuckerkarte für den Rest der Zuckerkartengültigkeit ausstellen oder, wenn sie nach einem außerjährlichen Dreie verziehen, einen Zuckerkartenabmeldebchein erteilen.

Zuckerverforungsberechtigte Personen, die verreisen, haben sich in Leipzig mit Zucker zu versorgen und können mit vorher ein-

geholtter Genehmigung der Kartenausgabestelle, in deren Bezirk sie wohnen, den beim Händler angemeldeten, aber noch nicht gekauften Zucker für die Dauer der Reise und, wenn diese länger als der Versorgungsabschnitt währt, zunächst bis zu dessen Ende entnehmen. Mit den Zuckerkarten für die nächsten Versorgungsabschnitte darf nach ihrer Zuteilung entsprechend verfahren werden.

Personen, die zum Heeresdienst einberufen werden, haben die ihnen zugeteilten Zuckerkarten ebenfalls unverzüglich an die in Abs. 1 genannte Kartenausgabestelle zurückzugeben. Dies gilt nicht für Personen, die als Offiziere oder Militärbeamte zu Truppenteilen oder Verwaltungsstellen einberufen werden, die ihren Standort im Stadtbezirk haben.

Die Haushaltungsvorkände sind dafür verantwortlich, daß der in Absatz 1 und 3 festgelegten Rückgabepflicht genügt wird.

Die Karten Verforbener sind von dem Vorlande des Haushalts, dem sie angehört haben, oder den Erben unverzüglich an die Kartenausgabestelle zurückzugeben, in deren Bezirk der Verforbener gewohnt hat.

Die Inhaber der in § 1 unter b 3 genannten Betriebe und Anstalten haben die für diese zugeteilten Bezugsausweise unverzüglich an das statistische Amt, Kartenverteilung, Rudolphstr. 2a, zurückzugeben, wenn sie das Unternehmen veräußern oder einstellen.

Wenn verforungsberechtigte Personen in Anstalten, Krankenhäuser, Pflegehäuser usw. aufgenommen werden, sind die Zuckerkarten gemäß der Bekanntmachung über die Behandlung der Lebensmittellisten bei Aufnahme von Personen in Anstalten, Krankenhäuser, Pflegehäuser usw. vom 21. September 1910 unverzüglich an die Kartenausgabestelle zurückzugeben, in deren Bezirk die Personen wohnen.

§ 6.

Wer den vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15000 M. bestraft.

§ 7.

Diese Bekanntmachung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt verliert die Bekanntmachung über den Verkehr mit Verbrauchszucker vom 8. Mai 1910 ihre Gültigkeit.

Leipzig, am 4. November 1910.

Kr.-E.-A. I. Der Rat der Stadt Leipzig.

Käsepreise.

Durch die Bundesratsverordnung über Käse vom 20. Oktober 1910 und die dazu ergangene Ausführungsverordnung des königlichen Ministeriums des Innern vom 2. November 1910 sind folgende Käsehöchstpreise festgesetzt worden:

Herstellerpreis für 50 kg in Mark	Großhandelspreis für 50 kg in Mark	Zwischengroßhandelspreis für 50 kg in Mark		Kleinverkaufspreis für 0,5 kg in Mark	
		beim Verkauf in ganzen Laiben	im Ausschnitt		
I. Hartkäse.					
1. Rundkäse nach Schweizer Art (Emmentaler) mit einem Fettgehalte von weniger als 30 vom Hundert, aber von wenigstens 25 vom Hundert der Trockenmasse	100	110	114	124	1.50
2. Käse, Elbinger, Bismarckkäse, Käse nach Holländer (Gouda, Camembert) Art und anderer Hartkäse mit einem Fettgehalte von wenigstens 25 vom Hundert der Trockenmasse	100	110	114	120	1.80
3. Käse, Elbinger, Bismarckkäse, Käse nach Holländer (Gouda, Camembert) Art und anderer Hartkäse mit einem Fettgehalte von wenigstens 10 vom Hundert der Trockenmasse	70	80	84	90	1.00
II. Weichkäse.					
1. Weichkäse nach Camembert, Brie, Neuschäpeller, Münster Art mit einem Fettgehalte von wenigstens 25 vom Hundert der Trockenmasse	100	110	114	118	1.30
2. Weichkäse mit einem Fettgehalte von wenigstens 25 vom Hundert der Trockenmasse, in Stücken von 60 oder 120 Gramm verpackt (Frühstücks- oder Delikatesskäse)	85	95	99	103	1.20
3. Weichkäse nach Camembert, Brie, Neuschäpeller, Münster Art mit einem Fettgehalte von wenigstens 10 vom Hundert der Trockenmasse	80	90	94	98	1.10
4. Weichkäse nach Limburger Art (Backstein- und Romadurkäse) mit einem Fettgehalte von wenigstens 15 vom Hundert der Trockenmasse, in Stücken von 60 oder 120 Gramm verpackt (Frühstücks- oder Delikatesskäse) mit einem Fettgehalte von wenigstens 15 vom Hundert der Trockenmasse	70	80	84	87	0.95
5. Weichkäse nach Limburger Art (Backstein- und Romadurkäse) mit einem Fettgehalte von wenigstens 10 vom Hundert der Trockenmasse, in Stücken von 60 oder 120 Gramm verpackt (Frühstücks- oder Delikatesskäse) mit einem Fettgehalte von wenigstens 10 vom Hundert der Trockenmasse	55	65	69	72	0.80
6. Weichkäse mit einem Fettgehalte von weniger als 10 vom Hundert der Trockenmasse	50	75	79	82	0.90
III. Quark und Quarkkäse.					
1. Gepreßter Quark (Rohstoff für Quarkkäse) mit einem Wassergehalte von höchstens 68,5 vom Hundert	50	—	—	—	—
2. Speisequark mit einem Wassergehalte von höchstens 75 vom Hundert	48	—	—	—	0.60
3. Frischer, leicht angerösteter Quarkkäse (Parzer, Mainzer, Spitz-, Stangen-, Faust- und ähnlicher Käse)	65	75	Zwischengroßhandelspreis für 50 kg in Mark 80		0.90
4. Vereister Quarkkäse (Parzer, Mainzer, Spitz-, Stangen-, Faust- und ähnlicher Käse) mit einem weißen Kerne von höchstens zwei Dritteln der Schnittfläche	80	90	95	—	1.05

Kleinverkauf ist der Verkauf durch den Hersteller oder Händler an den Verbraucher in Mengen von nicht mehr als 5 kg.

Großhandel oder Zwischengroßhandel ist der übrige Handel, je nachdem der Käse vom Hersteller oder vom Großhändler gekauft wird.

Die Herstellung von anderem Käse als dem, für den vorstehende Höchstpreise festgesetzt sind, ist verboten. Dies gilt nicht für Kräuterkäse und für Käse nach Roquefort-Art, sowie für Schafkäse aller Art.

Der gewerbmäßige Post- und Frachtversand von Käse durch den Hersteller oder eine von ihm beauftragte Person an den Verbraucher ist verboten.

Leipzig, am 4. November 1910. Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Der Verkaufspreis für pasteurisierte Auslandsmilch beträgt vom 8. November an 90 Pfg. für ein Liter. Kr.-E.-A. II.

Leipzig, am 4. November 1910. Der Rat der Stadt Leipzig.

Die bisherige Kartoffelzufuhr nach Leipzig reicht zur Lieferung der von den hiesigen Verbrauchern bestellten Wintervorräte nicht aus. Es wird deshalb die Bekanntmachung vom 25. September 1910 über die Eindeckung der Haushaltungen und Anstaltsbetriebe mit einem Wintervorrat von Speisefartoffeln hiermit aufgehoben. Zugleich werden die Kartoffelmarken mit den Nummern 5-20 für ungültig erklärt; an ihrer Stelle erhalten die Kartoffelmarken mit den Nummern 21-24 Gültigkeit auf die Zeit vom 21. November bis zum 18. Dezember 1910. Den für die Bestellmarken erhaltenen Betrag von M. 1.- haben die Kartoffelhändler binnen 1 Woche an die Verbraucher gegen Rückgabe der Bestellmarken zurückzahlen. Leipzig, am 6. November 1910. Kr.-E.-A. IV. Der Rat der Stadt Leipzig.

Gemeindepartei

Debsch-Marktleeberg.

Geschäftsfellen:

Debsch Gemeindeamt Debsch Räse Staats- und Straßenbahn. Hauptgeschäft: 85 771. Postfachkonto Leipzig 14 900.	Marktleeberg Kathaus Marktleeberg 7 Minuten von d. Gubation L. Döllig. — Linie D. u. G. — Fernsp.: 85 478. Postfach. Leipzig 50 857.
--	---

Einlagekapital: 10 000 000 M.
Zinssatz 3 1/2 % wöchentliche Verzinsung.
Geschäftszeit: 8-1 und 3-5, Sonnabends 8-2 Uhr.

Vermietungen

Wohnung, Auelienstr. 14, I. L., St. S., R. R., elektr. L. m. 17.50, 1. Dez.

Berichte

Ulster Paletots Anzüge

von feinen Cavalieren, Studenten von georg. auch neue Hosen, Jacketts, Gehrock-Anzüge, auch leihweise. Bezugsschein können Sie auch hier bekommen.

Kanner, Querstr. 32, I. Ecke Lebnitzstrasse.

Schube, Ritterstr. 4, Tel. 3185, Nahrungsmittel-Original-Fabrik u. Fabrik.

Zu kaufen gesucht:

Arbeiterjugend 1909, 1910 gebunden oder in Nummern. Allg. Arbeiter-Bildungs-Institut für Leipzig

Bureau: Volkshaus, Reicher Str. 32

Eide und Badleiwand

kauft für die Reichsstadt zu hohen Preisen Glasor, Kanthaber Steinweg 89.

Säcke

aller Art, a. zerrißene, sowie Paekleinm. zu höchst. Preis. Nadelreich, Sachhandlg. Leipzig, Marktstr. 8, Tel. 3828. Kommen answärts Topfwage (St. Neuter) 42, II. I.

Bermischte Anzeigen

Qammerjäger Wagner wohnt jetzt Senefelderstr. 8, G. I. D. Frau, d. gest. I. Volksh. Welt. d. Kinderk. u. ges. S. Schifer a. l. gen. I. beob. w. b. l. d. a. abg.

Briefliche Unterrichtsursche

3. Ausbildung a. Baugelchner, Bauaufseher, Betonmeister, Maurermeister, Zimmermeister Schulgeld pro Monat 5 M. Für den Unterricht genügt tägl. eine Abendstunde. Lehrplan usw. kostenfrei durch C. Drescher, Bauführer Goldschmieden, P. Dtsch.-Lissa

Zahn-Praxis

Minna Torton Blicherstr. 45, I am Hauptbahnhof. Tel. 10876. Geogr. 1898 Kunstl. Zähne v. L. 25 an Plomben von 1 M an Repar. sof. Bill. Preise. Schonende Behandlung Filiale Connewitz, Pegauer Str. 5, I. I.

Bekanntmachung

Regelung des Butterverbrauchs

in der Zeit vom 7. bis 13. November 1910.

In der Woche vom 7. bis 14. November 1910 dürfen abgegeben und entnommen werden:

1. auf die Kinder- und Erwachsenen-Butterkarten (einschließlich der Karten mit dem Ausdruck „Besuch“) 50 Gramm Butter
2. auf die Sonderbutterkarten die aufgedruckte Menge Butter
3. auf die blauen und roten Butterkarten für Anstalten und gewerbliche Betriebe ein Drittel der aufgedruckten Menge
4. auf die weißen Butterkarten, auf denen die Zahl der versorgungsberechtigten Personen angegeben ist, für jede versorgungsberechtigte Person 50 Gramm.

Die Ausgabe der Butter bei den Kleinhändlern an die Verbraucher beginnt Freitag, den 10. November 1910. Leipzig, am 6. November 1910. Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Metallarbeiter

Verband

Die Bibliothek liegt allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher nach dem abends nur 8-10 Uhr. Tel. 3788. Bureau: Volkshaus, Reicher Str. 32

Reparaturen

an Uhren jeder Art nur streng solide Ausführung und unter Garantie bei Gustav Kniss Uhrmach., Tauchaer Str. 6

Familien-Nachrichten

Für die zahlreichen Zeichen wohlwollender Anteilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Bruders und Schwagers, Groß- und Schwiegervaters, des Geschäftsführers

Hermann Oertelt

sagen wir nur hierdurch unseren tiefempfundenen Dank. Besonders Dank Herrn Warrer Wehlfahrer für seine trostreichen Worte am Grabe sowie der Firma und dem Arbeitspersonal Rudolph Perzmann. Alles hat unseren Herzen wohlgetan. Du aber, guter Vater, ruhe sanft.

Leipzig, den 5. November 1910. E. Oertelt nebst sämtlichen Hinterbliebenen.

Zentral-Verband der Glaser.

Durch den blutigen Weltkrieg verloren wir abermals zwei brave Kollegen. Es seien auf dem Schlachtfelde die Glaser Karl Böhme aus Anhalt und Edwin Voigt aus Dahlen bei Bötze. Ihre ihrem Andenken. Der Vorstand.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 6. November.

Geschichtskalender. 6. November 1672: Der Komponist Heinrich Schütz in Dresden gestorben (* 1585).

Sonnenaufgang: 7,7, Sonnenuntergang: 4,20. Monats- u. Wochenaufgang: 2,52 vorm., Monats- u. Wochenaufgang: 2,36 nachm.

Wo bleiben die Hasen?

Als sich vor einigen Monaten der Fleischmangel in verstärkter Weise fühlbar machte, wurden die Konsumenten damit vertröstet, daß in einiger Zeit genügend schlachtreifes Vieh herangemastet sein würde...

Wer geglaubt hatte, sich einmal zu Hause einen Hasen in die Pfanne stecken zu können, sieht sich arg enttäuscht. Man kann jetzt zwar öfter in den Abendstunden schwer mit Jagdbente beladene Wagen durch die Straßen fahren sehen.

Einen Anhalt zur Beantwortung dieser Frage liefert der Ausgang einer Jagdgeschichte, über den und folgendes mitgeteilt wird: Am 31. Oktober waren ungefähr 50 Herren, darunter auch Leipziger, von einem Jagdpächter Riev in Elben oder Meichen zu einer Hasenjagd eingeladen...

Die Enttäuschung der Jagdteilnehmer soll nach dieser Feststellung in helle Enttäuschung umgeschlagen sein. Das ist einigermaßen verständlich. Ebenso begreiflich ist aber auch, daß die Enttäuschung auf andre Kreise übergrift und schließlich ganz allgemein wird...

Neue Bekanntmachungen.

Der Verkaufspreis für pasteurisierte Auslandsmilch beträgt vom 6. November an 90 Pfa. für ein Liter.

Die Käsepreise werden durch eine amtliche Bekanntmachung in der heutigen Nummer geregelt.

Die beim Rat bestellten Wintertariffen werden nicht geliefert; die in Frage kommende Ratbekanntmachung ist aufgehoben, wie aus dem Inzeratenteil zu ersehen ist.

Verkehr mit Verbrauchszucker. Künftig ist auf den Zuckerkarten der Name des Kartempfängers anzugeben, und zwar auf der Rückseite der Stammliste. Von den Inhabern oder Leitern von neueröffneten Betrieben und Anhalten ist die Rückseite der ihnen zugeteilten besonderen Zuckerausweise ebenfalls mit entsprechender Aufschrift zu versehen.

Reichszuschuß für die Leipziger Messe.

In seiner Schlußsitzung hat sich der Reichstag mit dem Antrag des Ausschusses für Handel und Gewerbe beschäftigt, der die Regierung ersucht, zur Förderung der Leipziger Messe einen angemessenen Betrag in den nächsten Etat einzustellen.

Kartoffelbezug unmittelbar vom Lande.

Unter dieser Epithete brachten wir am Sonnabend eine Zuschrift des Rats, in der unter anderem auch die Amtshauptmannschaft Grimma als „Ueberschußbezirk“ für Leipzig bezeichnet und zum Bezug von Kartoffeln empfohlen wurde.

Selbstschutz vor Unfällen auf der Straße.

Fast kein Tag vergeht, an dem nicht die Zeitungen von Unfällen auf der Straße zu berichten wissen, bei denen Menschen verletzt worden sind, sei es durch Ueberschneidern von Straßenbahnen, Kraftwagen, Pferdegeschirren oder Radfahren...

Wir haben der Zuschrift deshalb Raum gewährt, weil sie den oft gegebenen Rat wiederholt, wie man sich vor Unfällen möglichst zu schützen hat. Unrichtig ist die in dem Artikel vertretene Ansicht, daß das Selbstverschulden in den überwiegenden Fällen vorliegt.

Wie das Reichsernährungsamt die Käseknappheit bekämpft! Um der Käseknappheit zu steuern, hat das Reichsernährungsamt Maßnahmen ergriffen. Die eine betrifft die Verteilung, die andre die Preiserhöhung.

Verkaufspreise wesentlich erhöht worden. Begründet wird die Erhöhung mit den gesteigerten Milchzuckerungskosten.

Die bisherigen Käsepreise seien nicht mehr zu halten, wenn nicht die Gefahr bestünde, daß eine große Menge namentlich von Magermilch, deren Verarbeitung auf Käse jetzt dringend erwünscht ist, zur Verfallung in die Mäule gelangen sollte.

Es lautet die offizielle Begründung für die Erhöhung der Käsepreise. Fragen muß man sich nur, wenn das Reichsernährungsamt einmal zur Prüfung der Frage kommt: Wie lange können die Verbraucher diese Lebensmittelpreise überhaupt noch erdulden?

Knospen- und Kleinfleischverkauf auf dem Schlachthofe. Dienstag, den 7. November soll an die Nummern von 27001 bis 30000 verkauft werden.

Die Firma Augustin verkauft heute an die Nummern von 81 401 bis 82 000.

Die Freibank I verkauft heute an die Nummern von 7645 bis 8403 und von 1 bis 70; Freibank II von 1201 bis 1800.

Fahrpreisermäßigung für Erntearbeiter. Die für die Monate August bis mit Oktober d. J. gewährte Fahrpreisermäßigung für Erntearbeiter, nach der die Beförderung zum halben Fahrpreis in der 4. Klasse zur einmaligen Reise nach der Arbeitsstelle und zurück erfolgt, wird bis Ende November d. J. ausgedehnt.

Unfug an den erbeuteten Geflügeln. Die auf verschiedenen öffentlichen Plätzen Leipzigs aufgestellten erbeuteten Geflügel scheinen der Ordnungspolizei wenig Freude zu machen, denn in einer Bekanntmachung des Polizeiamtes wird jedes herumhantieren an den Geflügeln mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bedroht.

Polizeinachrichten.

Fundunterschlagung. Ein 13jähriges Mädchen, Schülerin einer hiesigen Bürgerschule, will am 21. Oktober, nachmittags, in der Poststraße nahe am Neuen Rathaus eine silberne Handtasche gefunden haben, in der sich ein lilafarbenes Ledergeldtäschchen mit einem größeren Geldbetrage und ein weißes Taschentuch befanden.

Wertvolles Frachtgut gestohlen. Von einem Rollwagen, der am 20. Oktober einige Zeit ohne Aufsicht vor der Speiseanstalt in der Wörsdorferstraße gestanden hat, ist von unbekannter Hand ein Kasten mit reinweißen Damenkleiderstoffen im Werte von über 800 Mk. gestohlen worden.

15 Kaninchen gestohlen. Zwei junge, etwa 16 Jahre alte Burschen haben in den Abendstunden des 31. Oktober in Leipzig-Eindena vom Kanal aus einen dreifachen Kaninchenstahl ausgegräbt. Sie sind über die Kirchenparochie der Philippuskirche gestiegen und haben dort einen Kaninchenstall aufgesprengt und gestillert, indem sie 4 graue, 2 gelbe Kaninchen, eine Hähne mit 7 Jungen und einen silbergrauen Kammhahn in Säcken fortgeschleppten.

Dem gehört der Mantel? Gegen Mitte vorigen Monats will ein von der Kriminalpolizei wegen Fundunterschlagung zur Verantwortung gezogener junger Mann im Südbiertel einen wenig tragbaren, gelben Herrenregenanmel gefunden haben.

Zusammenstoß. Am Sonnabend gegen Mittag fuhr ein dem Läubchenweg ein Straßenbahnwagen und ein Postgeschirr aneinander. Letzteres wurde leicht beschädigt und der Postkaffner vom Aufsitzer herabgeschleudert.

Mit Reife aus der Pflanze gezogen wurde am Sonntagvormittag an der Gottschalkstraße eine hiesige Blumenhändlerin. Es liegt Selbstmord vor, vermutlich aus Schwermut.

Selbstmord verübte in der Bodenlammer ihrer Wohnung im Südbiertel eine 31 Jahre alte Gravenzbesitzerin.

Aus der Umgebung.

Ein amtshauptmannschaftlicher Appell an die Landwirte.

Die Amtshauptmannschaft Leipzig richtet an die Landwirte ihres Bezirkes die nachstehende neue Ermahnung:

Zur Sicherstellung der Kartoffelversorgung sind einschneidende gesetzliche Maßnahmen notwendig geworden. Sie bedeuten einen schweren Eingriff in die Einzelwirtschaft und auch in die Ernährungswelt der Landbevölkerung und können zu einem vollen Erfolge nur führen, wenn jeder Einzelne von der unbedingten Notwendigkeit dieser Maßnahmen überzeugt ist.

Arbeiter des Bergbaus, der Munition- und Rüstungsindustrie gewährt ist. Sie zu erhalten ist eine der wichtigsten Aufgaben, hinter der viele andere Rücksichten zurücktreten müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß auch die Landbevölkerung sich schwere Eingriffe in ihre gewohnte Lebensweise gefallen lassen, und insbesondere auch die weiteren Beschränkungen in der Ernährung der Viehhöfe hinnehmen. Die Erfolge des Fleisches und der trefflichen Leistungen der Landwirte für die deutsche Volkswirtschaft wären in Frage gestellt, wenn nicht die Winterverföhrung der Bevölkerung mit Kartoffeln vor Eintritt des Frostes bewirkt wird. Deshalb müssen die Kartoffellieferungen und die Versorgung der Bedarfsgemeinden unbedingt und mit Eile durchgeführt werden, und es ist heiligste Pflicht jedes abgabepflichtigen Kartoffelerzeugers, es nicht auf die Enteignung ankommen zu lassen oder gar etwa Kartoffeln zu verheimlichen, sondern willig und ohne Zögern diejenigen Kartoffelmengen hinzugeben, die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen von ihm abgefordert werden, denn nur so trägt auch er seinen Teil zum Gelingen des wirtschaftlichen Durchhaltens bei.

Zur Beachtung für Arbeiter aus Leipzig-Land!

Da im Bezirk Leipzig-Land Kartoffelmärkte noch nicht eingeführt sind, entstehen für diejenigen, die in der Stadt arbeiten, aber in Leipzig-Land wohnen, Schwierigkeiten, wenn sie in den Kriegsbüchsen Leipziger Mitangelegenheiten entnehmen wollen, für das Kartoffelmärkte verlangen werden. Nach Vereinbarung der Behörden wird diesen Personen Essen, insbesondere Kartoffeln, in jenen Rischen verabreicht, wenn sie eine Bescheinigung des Gemeindevorstandes ihres Wohnortes bringen.

Kartoffelhöchstpreise.

Aus dem Kriegsernährungsamt wird mitgeteilt: Bei dem Kriegsernährungsamt mehren sich die Anfragen, ob die Höchstpreise für Kartoffeln, die durch die Bekanntmachung des Kriegsernährungsamts vom 13. Juli 1916 festgesetzt worden sind, sich auf alle Kartoffeln oder nur auf solche beziehen, die auf Anweisung der Reichskartoffelstelle als Speisekartoffeln oder als Fabrikkartoffeln geliefert werden müssen. Es wird deshalb bemerkt, daß die Anordnung vom 13. Juli 1916 sich auf alle Kartoffeln bezieht, und daß es daher insbesondere unzulässig ist, Kartoffeln zu Futterzwecken zu höheren Preisen zu verkaufen als 4 Mk. für den Zentner, d. h. als zu dem letzten gesetzlichen Höchstpreis für Kartoffeln aus der Ernte 1916 beim Verkauf durch den Kartoffelerzeuger.

Die Milchhöchstpreise.

Es sind Zweifel entstanden, ob die durch die Bekanntmachung über die Höchstpreise für Milch vom 17. September 1916 festgesetzten Großhandelspreise Fracht- und Transportkosten einschließen. Um in dieser Frage Klärung herbeizuführen, wird darauf hingewiesen, daß die Großhandelspreise im Sinne der genannten Verordnung sowohl die Kosten der Beförderung zum Großhändler wie auch die der Beförderung vom Händler oder Großhändler zum Kleinhändler einschließen.

Maunhof, Ernährungsfragen. Von der Ritzung der Kartoffeln bei Abnahme von Speisen in der Volkstische soll so lange abgesehen werden, als die volle Menge (10^{1/2} Pfd. die Woche) nicht von der Gemeinde gewährleistet ist. Von der Bestellung eines Unterkommissionärs wegen der Beförderung von Kartoffeln soll, weil offenbar zwecklos, abgesehen werden. Von einem Angebot über geräucherter Fisch soll kein Gebrauch gemacht werden. Bei den Höchstpreisen von 20 Pfg. für ein Liter Vollmilch und 14 Pfg. für ein Liter Magermilch soll es auch künftig verbleiben. Der Betrag von 870 Mk. aus Bezirksmitteln soll zugunsten der Volkstische verwendet werden.

Deich-Marktberg, Störung in der Wasserleitung. Wegen der Wasserwerkverlängerungsarbeiten an der Enteisungsanlage muß der Betrieb auch morgen, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr, ruhen. Die Einwohner werden ersucht, ihren Tagesbedarf bis früh 9 Uhr zu entnehmen.

Gaußh. Aus dem Gemeinderat. Die Zeichnung zur 5. Kriegsanleihe erfolgte in Höhe von 740 200 Mk., und zwar 600 000 Mk. für die Sparkasse und 140 200 Mk. für Sparer. Größere Mengen Kohlrüben, Mören, Kraut und Zwiebeln zur Versorgung der Einwohnerchaft sind bestellt worden. Für die Steuererhöhung ist ein Volksrecht unter Nr. 51971 eröffnet worden. Die Volksliste ist am 18. Oktober eröffnet worden. Die Verteilung ergab 368 Portionen in der ersten, 283 in der zweiten, 277 in der dritten und 248 in der vierten Woche. Bei einer Revision der sämtlichen beim Gemeindevorstand zu verwendenden Listen wurde die Richtigkeit festgestellt. Beschlüssen wird, den im Jahre stehenden Kriegern aus der Gemeinde auch in diesem Jahre eine Weihnachtsbescherung zu übersenden. Zum Zwecke der Feststellung des Wohnungsplans hat eine Beauftragung des Wohngebietes durch Vertreter der Amtshauptmannschaft stattgefunden, die eine abnormale einschneidende Abänderung des Plans zur Folge hat. Der Gemeinderat hält die jetzige Zeit zur Feststellung des Plans für unzulässig und beschließt daher, dieselbe bis auf weiteres auf sich beruhen zu lassen. Der Ankauf eines Dreierweiterungsplans wird abgelehnt. Die Einführung der Abwässer der Kammermühlerei in die neu zu erbauende Schanze der Spinnerstraße wird bedingungsweise genehmigt. Zum Zwecke der Einschränkung der Grundstücksbebauung wird für die Dauer des gegenwärtigen Krieges die Schließung der Grundstücke von 8 Uhr abends an gestattet. Die Anpflanzung von Obstbäumen an der Städtelner Straße wird beschlossen. Wegen eventueller Vornahme von Ergänzungswahlen für den Gemeinderat ist der Amtshauptmannschaft zunächst über die Vertretung der einzelnen Klassen zu berichten. Die Bedingung auf Abbruch eines Seitengebäudes im Grundstück Nr. 100 der Orisliste wird aufrechterhalten.

Döbeln. Um 5 Leben gekommen ist auf schreckliche Weise die hier beim Landwirt Häbner in Diensten stehende 20 Jahre alte Martha Jäncke. Das Mädchen, eine große starke Person, litt an Krämpfen, die in letzter Zeit öfter auftraten. Bei einem solchen Anfall war sie erst kürzlich von der Treppe heruntergestürzt, wobei sie einen schweren Armbruch davontrug, der noch nicht geheilt war. Am letzten Donnerstagabend wurde die J. wieder von Krämpfen befallen. Sie war allein zuhause und offenbar im Begriff, mit der brennenden Petroleumlampe nach dem Ofen zu gehen. Die Lampe fiel mit zu Boden und explodierte, der brennende Inhalt ergoß sich schnell über das hilflos daliegende Mädchen. Schwere verbrannt fand man die Bedauernswerte später auf. Sie lebte noch 24 Stunden, ehe sie der Tod von ihren qualvollen Leiden erlöste.

Sächliche Angelegenheiten.

Eine Deputation von Vertretern der Arbeiterschaft beim Minister des Innern wegen der Ernährungsfrage.

Am Donnerstag begab sich in Dresden eine Deputation von Vertretern der Arbeiterschaft, an der Spitze die Mitglieder des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei, Mitglieder des Dresdener Bezirksvorstandes und der Gewerkschaften sowie die weiblichen Vertrauenspersonen der drei Dresdener Wahlkreise in das Ministerium des Innern, wo sie mit dem Minister des Innern eine halbtägige Unterredung wegen der Ernährungsfrage hatte. Der Sprecher, Genosse Fleißner, erklärte, die Deputation sei gekommen, um die Regierung eindringlich auf den ganzen Ernst der Lage in bezug auf die Ernährung aufmerksam zu machen; mit weiteren Beschränkungsversuchen würde man nur eine der gewollten Wirkung gerade entgegengesetzte erreichen. Es müsse endlich und schleunigst auf eine gerechte und gleiche Verteilung der vorhandenen Lebensmittel in den Bezirken, im Lande und vor allem im Reich energisch gedrungen werden. Eine Lösung der Frage werde das freilich auch nicht bringen. Im Namen der Deputation und im sicheren Einverständnis mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes müsse er (Redner) die sächsische Regierung dringend ersuchen, in diesem Sinne auf die Reichsregierung einzuwirken.

Minister Graf Böttger erkannte die große Geduld der Arbeiterklasse und die Berechtigung der vorgebrachten Wünsche und Beschwörungen an. Man könne aber überzeugt davon sein, daß die sächsische Regierung in der Ernährungsfrage in diesem Sinne fortgesetzt tätig sei. Was die Herbeiführung eines baldigen Friedens anlangt, der gewiß allgemein gewünscht werde, so sei die Bereitschaft dazu bei der deutschen Regierung vorhanden, nicht aber bei denen der feindlichen Länder. England habe es eben auf eine Verechtung Deutschlands abgesehen. Unter solchen bedauerlichen Umständen müsse alles vermieden werden, was im feindlichen Ausland als Schwäche Deutschlands ausgelegt werden könne.

Darauf antwortete Genosse Fleißner, daß er die Ansicht des Ministers über die Art, den Frieden herbeizuführen, nicht teilen könne. Die Diplomaten reden sich zwar gegenseitig in eine immer größere Bitterkeit, die tiefe Sehnsucht nach endlichem Frieden sei aber beim Volke überall, in allen Ländern vorhanden. Es sei nötig, daß sich die deutsche Regierung klarer, eindeutiger über ihre Kriegsziele ausspreche. Es müsse ein Boden zur Anbahnung von Friedensverhandlungen oder Waffenstillstand gesucht und gefunden werden. Der Minister beharrte auf seiner Ansicht, daß die Schuld, wenn das noch nicht so weit sei, lediglich an den Regierungen der anderen Länder liege. Zu den Kriegsziele des Reichskanzlers, soweit sie ihm bekannt seien, könne er sich nicht äußern.

Dann nahmen die Genossen Sindermann und Uhlitz noch das Wort zu einigen speziellen Ernährungsfragen, wozu sich weiter der Minister und Geheimler Regierungsrat Dr. Koch äußerten. Beide Herren betonten nochmals, daß alles geschehen solle, was von der Regierung aus möglich sei. Damit war die Unterredung beendet.

Die Fortschrittliche Volkspartei und die Erziehung in Ohsch-Wurzen. In einer am letzten Sonntag in Dresden abgehaltenen Sitzung des Landesvorstandes der Fortschrittlichen Volkspartei im Königreich Sachsen wurde beschlossen, für die bevorstehende Reichstagswahl in sächsischen Reichstagswahlkreise Ohsch-Wurzen-Grinna in Wahrung des Burgfriedens keinen fortschrittlichen Kandidaten aufzustellen, obgleich derartige Wünsche aus dem Wahlkreise laut geworden sind.

Erweiterung eines Elektrizitätswerkes.

Das Sachsenwerk, Licht- und Kraft-A.-G. in Dresden, plant eine bedeutende Kapitalerhöhung, weil der große Umsatz des Werkes nicht im richtigen Verhältnis zu dem Aktienkapital stehen soll. Der Umsatz, der schon im vorigen Jahre 30 Millionen Mark betrug, ist mittlerweile auf etwa 50 Millionen Mark gestiegen. Der Geschäftsgang ist auch im laufenden Geschäftsjahre sehr (1) befriedigend. Es wird deshalb mit einer wesentlichen Dividendenerhöhung — etwa um 8 bis 10 Prozent (i. E. 18 Prozent) — gerechnet. Die geplante Erhöhung des Sachsenwerks ist ganz beträchtlich. Ob diese Erhöhung nicht mit der vom Landtag beschlossenen Verteilung der Elektrizitätsversorgung, die bekanntlich die Gemeinde- und Gemeindeverbandswerke unberührt läßt, in irgendeinem Zusammenhang steht?

Das Schicksal des Trojks.

Das Schicksal des Trojks. Die der Kwanti meldet, wird Leo Trojks, der Herausgeber des verbotenen Rasche Slowo, dem von der französischen Regierung ausgegeben wurde, Frankreich binnen 14 Tagen zu verlassen, von der Schweiz nicht herabgelassen. Genosse hat Spanien seine Ausnahme abgelehnt. Er befindet sich damit in einer seltsamen Lage: aus Frankreich ist er ausgewiesen, kann aber nirgends anders wohnen. Der Kwanti meint, Trojks müsse sein Leben im Aeroplan beschließen.

Döbeln. In schmerzlicher Lage befindet sich die Stadt bezüglich der Kartoffelversorgung. Auf Grund früherer Enten gilt der Bezirk Döbeln als Uebersehungsbezirk und ist verpflichtet, 90 000 Zentner Kartoffeln an Zuschußbezirke abzugeben. Nun ist aber in diesem Jahre die Kartoffelernte im Bezirk ungenügender ausgefallen als erwartet wurde, und in der Stadt herrscht Kartoffelmangel, während die hier erbauten Kartoffeln ausgeführt werden müssen. Die Erbitterung, die deswegen in der Bevölkerung herrscht, kam auch in den beiden letzten Stadtverordnetenitzungen in längeren Erörterungen zum Ausdruck. Es wurde u. a. vorgebracht und vom Bürgermeister bestätigt, daß der Bevölkerung seit September noch in keiner Woche die ihr zustehenden sieben Pfund Kartoffeln geliefert werden konnten, da die Stadt allwöchentlich nicht die Hälfte ihres Bedarfs erhält, daß dagegen in voriger Woche 400 Zentner, die sich die Stadt gesichert hatte, nach andern Bezirken ausgeführt werden mußten.

Mauen. Der Rat hat auf Vorschlag des Ernährungsausschusses beschlossen, allen Personen über sechs Jahre, soweit sie nicht bereits Brotzulage erhalten, wenn irgend möglich jede Woche eine Brotzulage von einem halben Pfund zu gewähren. Schwerarbeiter sollen statt der jetzigen Zulage von einem Pfund zwei Pfund erhalten. Auch soll geprüft werden, ob und in welchem Umfang es möglich sein wird, auch solchen zu den Schwerarbeitern zu rechnenden Personen, deren Jahreseinkommen zwischen 2100 und 3100 Mk. beträgt, eine Sonderzulage zu geben. Um einen Ueberblick darüber zu gewinnen, wieviel Personen für diese Zulage in Frage kommen würden, sollen zunächst Anträge, für die ein vorgeschriebenes Muster zu benutzen ist, eingefordert werden. Die Zuschläge sollen vom 20. November an in Kraft treten.

Aus der Partei.

Rohwein-Döbeln.

Einer Kreisaußschußung des 10. Kreises in Döbeln erstattete am Donnerstag Genosse Thale-Dartha den Delegiertenbericht von der Reichskonferenz. Die Chemnitzer Volkstimme berichtet darüber: Er erörterte die Gründe, die dazu führen mußten, seinen Parteitag abzuhalten, aus denselben Gründen hätte man am besten überhaupt keine Versammlung gehalten, zumal die Delegation jedenfalls anders war, als im Statut vorgesehen. Scheidemanns Referat habe sich darauf gefügt, daß Deutschland sich verteidigen müsse; aber er habe so viel vom „ganzen deutschen Volk“ gesprochen, daß man sich fragen mußte, ob ihm nicht der Bezirk des Klassenkampfes ziemlich verloren gegangen sei. Sehr betrüblich waren Eberts Reden über den Mitgliedererfolg und die Einbuße der Presse; besonders der Verlust an jugendlichen und weiblichen Mitgliedern sei sehr auffällig und traurig. Im übrigen habe Ebert scharfe Angriffe gegen die Arbeitgemeinschaft gerichtet; aber wie er dabei den Brief ausgenutzt habe, der von dem Anwalt eines an Flugblattverbreitung beteiligten Landwehrmanns handelte, das sei reichsverbündlerisch gewesen.

Genosse Meseraf habe manches überraschende Material geboten. Die Kriegsschuldfrage sei noch keineswegs völlig geklärt, auch darüber bestehe keine Gewissheit, ob die deutsche Regierung alle Friedensmöglichkeiten wahrgenommen habe. Bei den bisherigen Verlusten solle der Krieg nicht bis zum bitteren Ende geführt, sondern sobald wie möglich eine Verständigung der Völker angestrebt werden. Mit berechtigter Schärfe hat Haase auch den Treiberkreisen der Rats, Pöns, Dönnich usw. entgegengetreten. Wenn man die jüngsten Reichstagsverhandlungen über die Schutzhaft lese und Hesse'sche Ausführungen betrachte, dann wisse man schon genug von der Neuorientierung und beweise nicht, wie die Fraktion noch für die Kriegskredite stimmen könne, ohne der Regierung ein Ultimatum zu stellen, vorher den Belagerungszustand aufzuheben. Niemand lehne die Landesverteidigung ab, aber wenn man es für die Pflicht der Sozialdemokratie erkläre, unter allen Umständen die Niederlage von Deutschland abzuwehren, dann müsse man alle Kriegskredite annehmen, und das werde doch auch niemand wollen. Die Sozialdemokratie dürfe keiner Niederwerfungs- oder Eroberungspolitik dienen.

An der ausgedehnten, sehr sachlichen Debatte beteiligten sich im Sinne der Mehrheit die Genossen Grünberg-Dartha, Spindler-Döbeln, Heilmann-Chemnitz, Max Müller-Chemnitz, Eichhorn-Döbeln, Genschel-Geringswalde und Rose-Geringswalde; im Sinne der Minderheit sprachen Fischer-Weitzsch und Bieweg-Döbeln. Nach einem längeren Schlußwort hat Haase stellt der Vorsitzende fest, daß ein Antrag nicht eingebracht ist. Die ruhige und sachliche Aussprache habe jedenfalls gezeigt, daß alle Genossen des 10. Kreises die Einheit und Kraft der Arbeiterbewegung zu erhalten wünschen.

Zur energischen Förderung der Jugendbewegung soll ein Kreisjugendausschuß gebildet werden. Vorort ist Döbeln.

Neue Taktik.

In einem Rundschreiben der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an die Verbandsvorstände vom 2. November 1916, welches von dem Genossen Legein unterzeichnet ist, befindet sich folgender bemerkenswerter Absatz u. a.:

Die Einladung zur Konferenz der Vorstandsvorleiter am 20. November dr. anbei. Jeglicher Punkt 8 der Tagesordnung ist zu bemerken, daß von dritter Seite angezogen wurde, den Kriegsteilnehmern entweder zu empfehlen, in die Kriegervereine einzutreten und diese umzugestalten, oder für sie eine besondere, gleichartige Organisation wie die Kriegervereine zu schaffen. Die Konferenz soll überprüfen, ob ein geeigneter Weg gegeben ist, die bisherige nachteilige Wirkung der Kriegervereine auf die Arbeiterschaft zu beseitigen.

Wir sparen uns jede Bemerkung.

Eine erneute Denunziation der J. R.

Die J. R. schreibt: In der Arbeiterschaft werden neuerdings wiederum anonyme Flugblätter verbreitet, die an der Spitze Leitende der Gruppe „Internationale“ tragen. In den Flugblättern wird Bezug genommen auf Viehnochts Verurteilung in der zweiten Instanz und im Anschluß daran zu Protestkundgebungen aufgefordert. Die vorgeschlagenen Mittel des Protests sind derart, daß sie für die etwa daran Teilnehmenden die schwersten Folgen haben könnten. Die Arbeiterschaft muß dringend gewarnt werden, durch solche Aufforderungen unbekannter Personen sich zu Taten hinreißen zu lassen, die nicht nur sie selbst und ihre Familien in schwerstem Unglück stürzen, sondern auch der gesamten Arbeiterbewegung schweren Schaden zufügen würden.

Das Schicksal des Trojks.

Trojks, 20. Oktober. Die der Kwanti meldet, wird Leo Trojks, der Herausgeber des verbotenen Rasche Slowo, dem von der französischen Regierung ausgegeben wurde, Frankreich binnen 14 Tagen zu verlassen, von der Schweiz nicht herabgelassen. Genosse hat Spanien seine Ausnahme abgelehnt. Er befindet sich damit in einer seltsamen Lage: aus Frankreich ist er ausgewiesen, kann aber nirgends anders wohnen. Der Kwanti meint, Trojks müsse sein Leben im Aeroplan beschließen.

Ringelaufene Schriften.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 5. Heft vom 1. Band des 35. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Friedrich Adler. Von R. Kautsky. — Ernst Machs Ueberwindung des mechanischen Materialismus. Von Friedrich Adler. — Handelspolitische Fragen. Von Karl Emil. (Fortsetzung). — Literarische Rundschau: A. Kollontaj, Gesellschaft und Mutterchaft. Von M. Anna. P. Thormeyer, Philosophisches Wörterbuch. Von C. Notter. — Notizen: Japans Handel. Von R.

Die Mode. Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 32 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Densch, M. d. R.: Kriegskredite und Schutzhaft. Wie steht es in Russland? Th. Stauning: Die sozialdemokratische Politik in Dänemark. Hermann Wendel, M. d. R.: Zur Sozialpsychologie der Grenzgebirge. Franz Diederich: Madame Trogos. Glossen. Die Woche.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 23 des achten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Was ist Sozialismus? — Mein Gesangener. Von Karl Oronsky. (Schluß). — Tierpsychologie. Von Rosa Deine. — Die Törten nach Europa kamen. Von Gg. Engelbert Graf. — Ägypten. Von Adolf Behne. (Mit Abbildungen. Schluß). — Wirkungen des Sparzwanges. — Die Gegner an der Arbeit. — Aus der Jugendbewegung.

Theaternachrichten.

Neues Theater. Dienstag, 7 Uhr: Der Freischütz. Mittwoch, 7 Uhr: Der Rosenkavalier. Donnerstag, 7 Uhr: Maria Stuart (neu einstudiert). Freitag, 7 Uhr: Magoletto. Sonnabend, 7 Uhr: Die Schneider von Schöma. Sonntag, 4, 7 Uhr: Lohengrin. Montag, 18. November, 7 Uhr: Wenn ich König wär. — Alles Theater. Dienstag, 8 Uhr: Könige. Mittwoch, 8 Uhr: Die seltsame Egeleus (volkstümliche Vorstellung). Donnerstag geschloffen. Freitag, 8 Uhr: Der siebente Tag. Sonnabend, 8 Uhr: Die lange Jule. Sonntag, 8 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Johannis-ener), 1/8 Uhr: Die es euch gefällt. Montag, 18. November, 8 Uhr: Könige. — Neues Operetten-Theater. Dienstag, 8 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Mittwoch, 8 Uhr: Das goldne Neg. Donnerstag, 8 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Freitag, 8 Uhr: Der dumme August (volkstümliche Vorstellung). Sonnabend, 8 Uhr: Das goldne Neg. Sonntag, 1/8 Uhr: Das goldne Neg. Montag, 18. November, 8 Uhr: Drei arme Teufel (volkstümliche Vorstellung).

Da die volkstümliche Vorstellung von Wilhelm Tell am 1. November vollständig ausverkauft war, teilt die Intendantin auf zahlreiche Anfragen hin mit, daß am 15. November abermals eine Aufführung von Wilhelm Tell zu halben Preisen stattfinden wird. Anfang 5 Uhr, worauf besonders hingewiesen wird.

Leipziger Schauspielhaus. Dienstag, 8 Uhr: Frühling Erwachen. Mittwoch, 8 Uhr: Verlen. Donnerstag, 8 Uhr: Jahresmarkt in Poldris. Freitag, 8 Uhr: Die Matten. Sonnabend, 8 Uhr: Verlen. Sonntag, 1/4 Uhr: Armut (Einheitspreise), 1/8 Uhr: Frühling Erwachen. Montag, 18. November, 8 Uhr: Der Viderpelg. Dienstag, 14. November, 8 Uhr: Vorstellung für den Ortsverband der Gabelbergischen Stenographenvereine (Der Raub der Sabinerinnen).

Battensbergtheater. Abends: Die wahre Liebe opfert sich

Nördlich Campolung.

Armeekorpskommando Falkenhahn, 30. Okt.

In einem rumänischen Dorfe, Balkanisch schmächtig, Lagerfeuer glänzen. Nacht im Stroh. Ein Schweizer, ein Amerikaner, ein Argentinier, ein Deutscher. Draußen rauscht der Bach, als ob es regnet. Die Pferde raffen mit den Ketten. Von Campolung her donnert es in langen Pausen. Kein Schlaf. Die drei Neutralen träumen — von ihrer Heimat, in der kein Krieg ist. Draußen ringt der Mond mit den Wolken. Am Bajonett des Postens glänzt er auf. „Wer da?“ — „Gut Freund.“ Die Pfähle der Straße blinken. Die weißen Zähne eines toten Pferdes grinsen aus dem Graben.

Tief in neuen Feindes Land. Die weißen Häuser mit den türkischen Veranden — die Holzpfähle auf dem Hof — die weiben-gepflochtenen altmodischen Matrosen — alles blinkt neu und fremd und in der Nacht wie Hagel gegen dich an. Zwischen Gärten mit niedergerissenen Gittern eine alte bemalte byzantinische Kirche, in der zwei Vornamen Handgranaten und erbeuteten Zwieback bewachen. Daneben ein Friedhof mit orthodoxen Gräbern, mit ausgebrannten Öllampen. Daneben deutsche und österreichische Soldatengräber. Fünf Christen und zwei Juden. Die Christen mit dem Kreuz. Die zwei Juden in der Mitte — mit dem alten Doppelbreit-edeigen über der hebräischen Grabchrift.

Die Reste des Erdhauses rauchen noch. Es riecht nach verbranntem Tuch. Kamine ragen hoch aus den Trümmern eingestürzter Wohnhäuser — tiefenrot im Dunkel, im Rauch. Eine Kuh steht zwischen verbrannten Scheuern und brüllt schräg hinauf in die Mitternacht.

Vor der Kirche ein Bajonett. Drinnen ein Stöhnen, Schmatzen, Seufzen. Eine stidige Luft schlägt durch die Tür ins Freie. Die Kirche ist das Lager der Flüchtlinge und Abgebrannten. Die meisten schlafen im Halbdunkel. Beim Schein einer heiligen Kerze spielen vier alte Bauern Karten — in Schafspelzen, mit hohen schwarzen Mützen. In der Ecke eine rumänische Mutter, die ihr Kind in den Schlaf wiegt. Auf einem ungefüllten Kuchel ein alter Walache, mit wallendem Haar und Bart, eine homerische Königsgestalt. Er will trotz der späten Nachstunde mir viel erzählen. Ich verstehe ihn nicht und verstehe ihn doch.

Vor zwei Monaten lag dieses Dorf am Abhang der Karpathen noch tief im Frieden seiner Arbeit. Die Frauen brachen den gelben Mais. Die Männer pflügten oder schlugen Holz. Der Pope sang seine Vitale. Am Bach ward Wasser geklopft. Kinder wurden geboren. Am Sonntag kamen die Ausflügler von Campolung und von Pitesti. Man tanzte Hora und verdiente Geld.

Dann aber hing eines Tages ein weißer Zettel am Hause des Bürgermeisters. Die Post aus Campolung brachte Zeitungen mit biden Ueberschriften. Nur wenige konnten lesen. Aber alle verstanden es. Es war Krieg. Und mit den Zeitungen kamen Soldaten, endlose, blaue Ketten. Alle marschierten nach Törzburg hinaus. Die Soldaten sangen und waren gut gekleidet. Die Dörfler wurden stolz und bauten Ehrenportale aus Tannenzweigen über die Hauptstraße hin. Bald hieß es, die Soldaten hätten überall gefestigt und ganz Ungarland würde nun verteilt unter die rumänischen Bauern. Das Dorf lag an der großen Straße, und viele Autos und Kaleschen und Kolonnen führten durch das Dorf hin und zurück.

Pflichtig aber mehrten sich die Wagen, die zurückkamen. Viele verwundete, die auf elenden, ungefederten Bauernwagen vorüber- röhnten. Man begann zu flüstern und zu fragen. Und ein Feld- weibel sagte zum Barbier: Wir müssen zurück. Kanonenbomber erschrien auf den Bergen von Törzburg. In der Nacht strömten die Soldaten. Geschütze bahnten sich unter Geschrei einen Weg durch die Kolonnen. Pflichtig hielten fremde Reiter vor der Tür. Graue, schwere Gestalten mit fremder Sprache. Kanonen kamen — von staunenswerter Größe. Sie stellten sich am Dorftrand auf und schossen, daß die Holzhäuser zitterten. Und dann kamen als Antwort die Granaten, die rumänischen aus Richtung Campolung. Sie fielen ins untere Dorf. Das Dorf begann zu brennen. Ein Haus nach dem andern sank zusammen. Nur die Hälfte der Häuser blieb stehen. In ihnen machten es sich die fremden Soldaten bequem. Nun war das alte Dorf wie tot. Die Leute wohnten in der Kirche, die wohlhabenden, die armen, alles durcheinander. Tag und Nacht hörte man das Schießen von Campolung. Keine Zeitungen, kein Lehrer, kein Bürgermeister war da geblieben. Wozu das alles? ...

Dies wollte der alte Walache gewiß erzählen. Und manches mehr. Ein Kind begann zu quälen in der Kirche. Der Posten blinzelte im Licht der Taschenlampe. Ein Lagerfeuer nach dem andern verglühte. Durch die vertrockneten Tannenzweige der Ehrenbogen über der Hauptstraße raschelte der Wind. Der Bach rauschte, als ob es regnete. Die Pferde rasselten an der Kette. Die Neutralen schliefen. Der Amerikaner schnarchte — aber leise, seelisch vertieft, fast klagend.

Am nächsten Morgen Ausbruch in die Berge. Ueber Dorf D. erhebt sich ein steiler Felsriegel — 1500 Meter hoch. Von oben soll man Campolung sehen: die Schlacht in den Bergen, tief in die Walache, vielleicht bis zu den Bohrtrümmern von Camputa. Der Tag graut. Der Fels rauscht. Die Berge hängen bis zu den Hüften voll Nebel. Vorbei an der Kirche. Die Obdachlosen sitzen hinter dem Gitter und kochen ihre Maisuppe. Vorbei an den rauchenden ab- gebrannten Häusern. Das Fluchtland hinab. Wie wir nach D. kom- men, sind ein paar Walachen von rumänischen Granaten getötet worden. Ein Haus brennt. Der Regen liegt steil über unsern Köpfen. Die Hausdigen beginnen ihre Morgenarbeit.

Zwei Stunden bis oben. Durch Nebel — ohne Campofad — über glattes Gestein — steil bergan — auf solchem Boden führen Öpreußen und Hannoveraner hier Krieg. Die Wälder bleiben unter uns. Aus den letzten Bäumen taucht ein Murrelter. Eine Feldwache taucht im Nebel nur am Feuer liegend auf. Je höher wir kommen, desto lebendiger wird die Luft. Einschläge und Abschüsse, heulende Flugbahnen, Maschinengewehre vor und hinter uns. Aber alles im Nebel. Wo bleibt Campolung? Denn Campolung ist die erste größere rumänische Stadt, die vor uns liegt. In Campolung beginnt die Eisenbahn nach Bukarest. Und Campolung ist eine alte jüdische Gründung und hieß vorzeiten Langan-Au.

Der Nebel zerfällt. Einen Augenblick Sonne. Das erste Bild. Die Gipfel und Kuppen ringsum entblößen sich. Das Tal der Dambowita liegt senkrecht zu unsern Füßen. Alles um uns herum ist Rumänien. Noch sind es Berge. Aber nach vorn zu werden sie kleiner und kleiner. In langen Rippen versteckt das Gebirge in der Ebene. Die Ebene glänzt im Horizont — ein heller Streifen. Von den höchsten Bergen, auf denen unsere Truppen jetzt hier liegen, können sie am Horizont die Ebene sehen. Das Bild der Ebene — dieses schmalen Strichs — tröstet, lockt und beflügelt.

Pflichtig kommt eine kalte Nebelwolke, und das Bild verschwimmt. Wir hocken in der kleinen Mulde oben auf der Spitze. Ein Schweizer, ein Amerikaner, ein Argentinier, ein Deutscher und ein paar Offiziere von der kämpfenden Truppe. Die Kanonade wird stärker. Es klingt wie Perzfeuer. Ein Gegenangriff der Rumänen? Sie wehren sich verzweifelt. Um jeden Meter ihres wertvollen Vergleichs kämpfen sie mit überragender Zähigkeit. Seit sie durch eine glänzende Umfassung von Törzburg nach herübergebracht sind, befehlen sie in den Planen jeden Hügel. Es sind geschickte Leute und bei aller mangelnden Schulbildung von einer fabelhaften Schnelligkeit der Auffassung und Anpassung.

Das zweite Bild. Die Rebel jagen ab. In klarem Sonnenlichte liegen die Wälder und Berge da, durch die unsre kämpfende Front sich zieht. Eine sonderbare Front. Raum euer welsch die Linie genau zu ziehen. Im Zickzack um unbesezte Hügel — durch ausgewaschene Flußtäler, in denen kein Deutscher oder Rumäne steht — links hinter uns das Maschinengewehrfeuer zeigt, daß auf dieser Seite der Feind noch tief in unsrer Platte sitzt. Eine sonderliche Front. Wirklich und ernsthaft — mit Handgranaten und Artillerievorläufen — wird nur an einigen Punkten gekämpft. Da liegen zwei Berggipfel. Zwischen ihnen ein Sattel. Der eine von uns, der andre vom Gegner besetzt. Wir sehen den Unfern in den Klüften, sehen ihre hellen Gräben und sie schlangen. Der Gegner hat sich auf der abgewandten Seite seines Berges eingebaut. Nur durch Steilfeuer zu fassen. Er hat etwas gelernt seit Ostka, wo wir ihm seine Gräben auf der Seite von Höhe 020 in ein paar Stunden zusammenzettelten. Tagelang geht das Ringen zwischen den beiden Gruppen. Aus dem Tal heraus blitzen wie Fingerringe die Abschüsse unsrer gut gedeckten Batterien. Der Berg des Rumänen raucht. Jetzt steigt eine Rauchkugel aus dem Sattel heraus. Die Unfern gehen vor. Nach fünf Minuten eine zweite. Sie kommt schon vom untern Abhang der feindlichen Kuppe. 200 Meter gewonnen. Aber auch die Ar- tillerie des Feindes ist hier lebendiger als bei Kronstadt geworden. In kurzen Pausen folgen die Einschläge im Tal und auf der Berg- kuppe, wo sie unsre Batterien und wichtigsten Gräben vermutet.

Aber der eigentliche Krieg dieses Gebirges ist von dieser Parade- höhe nicht sichtbar. Er spielt weit aussholend in den Planen der kämpfenden Gruppen. Heimsüchlichkeit und Schnelligkeit sind seine gefährlichsten Waffen. Pflichtig taucht unvermutet irgendwo in Platte oder Klüften des Feindes eine Umgehungscolonne auf — manchmal nur ein paar Bataillone — und der Feind muß Hals über Kopf die jähest verteidigte Stellung räumen. Zwei Maschinengewehre auf einer Strahengehöhe im Rücken des Feindes können eine ganze Divi- sion ins Wanken bringen. So warfen wir die Rumänen im großen bei Hermannstadt, im Kleinen bei Törzburg, bei Predeal, bei Auga.

Wieder sitzen wir im Nebel. Drei Schüsse klingen weit und dumpf. Der Wind pfeift um die Felsnase. Ein österreichischer Nach- richtsoffizier beginnt aus dem Tagebuch eines rumänischen Ge- fangenen vorzulesen. „Desastro mare“

Pflichtig das dritte Bild. Der Nebel ist verschwunden. Weit und breit kein Regen mehr. Die Sonnenwärme strahlt auf und herab. Und Campolung weit vorn zu unsern Füßen. Eine Lokom- otive rauscht auf dem Bahnhof. Eine goldene Kuppel glänzt. Ein weißes Häusermeer mit vielen Kirchen. Weit hinter der Front liegt die breite, bunte Stadt in dem runden, grünen Tal, der mit weißen Dörfersiedeln überstreut ist. Weit hinter der feindlichen Front — heute noch. Wie eine Stadt im Frieden. Aber in diesen Häusern atmen starker Menschen voll Erwartung, voll Zweifel, voll Furcht. Die Stadt leuchtet in der Sonne. Aber vielleicht ist sie aufgeregt wie ein Amelshausen. Vielleicht beginnen die Menschen schon zu fluchen. Vielleicht ist die Eisenbahn gesperrt. Vielleicht bettelt lust in diesem Augenblick ein Familienvater um einen Wagen, der ihn für 100 Lei bis nach Pitesti fährt.

(Ab.) Dr. Adolf Böker, Kriegsberichterstatter.

Das Schießen nach dem Auge und nach der Karte.

tk. Wenn auf See gekämpft wird, ist es selbstverständlich, daß das Zielen bei den Geschützen mit Hilfe des Auges erfolgt; denn nur dieses kann Aufschluß darüber geben, in welcher Richtung und in welcher Entfernung sich das feindliche Schiff befindet, das ge- troffen werden soll. Sonst gibt es ja keinerlei Anhaltspunkte; es sei denn, daß sich der Gegner in der Nähe einer Insel oder irgendeiner Landmarke aufhält, die man kennt. Auch auf dem Lande wird natür- lich in vielen Fällen das Geschütz mit Hilfe des Auges gerichtet. Man kann sich einen „Kanonier“ aus älterer Zeit nicht anders vorstellen, als daß er den Punkt, den er treffen will, ins Auge faßt, um dann seinem Geschütz die nötige Richtung zu geben. Und heutzutage wird noch in dieser Weise geschossen, wo es nötig und anständig ist; bei kleineren Geschützen wird wohl meist so verfahren. Nur kommen jetzt dem Auge und seiner unvollkommenen Leistungsfähigkeit allerhand nützliche Mittel zu Hilfe, die das Ziel deutlicher erkennen lassen, und die auch im besonderen das Bestimmen von Ent- fernungen erleichtern. Im allgemeinen hilft hier jedes gute Fern- rohr, das die Ziele gewissermaßen näher heranholt. Dabei gibt es eine Vorrichtung, die einen Entfernungsmaßstab ins Gelände legt, auf dem Aufstellungen zu lesen sind. Blickt man durch ein solches Glas, so sieht man in dem Bilde, das geboten wird, gewisse Marken schweben, und diese brauchen nur abgelesen zu werden, wenn man die Entfernung gewisser Punkte wissen will. Außerdem hat man eine große Zahl anderer Entfernungsmesser einfacher und verwickel- ter Art, auf die aber hier nicht näher eingegangen werden soll.

Die neuzeitlichen Verhältnisse machen jedoch oft eine andre Art des Zielens notwendig. Die Schwierigkeiten des Geländes, in dem gegenwärtig gekämpft wird, sowie der Umstand, daß die heutigen Geschütze sehr weit tragen, schließen nämlich in vielen Fällen ein Schießen des Ziels ganz aus, so daß ein eigentliches Schießen nach dem Auge unmöglich wird. Wenn sich die Schichten alle in der Ebene abspiegeln, wie es früher bei entscheidenden Kraftproben dieser Art nicht selten angestrebt worden ist, so würde die angebotene Schwie- rigkeit weniger auftreten. Aber jetzt zieht sich der Krieg in jedes be- liebige Gelände, und sein Weg führt auch in Gegenden, die man früher wohl ängstlich gemieden haben würde. Die stillen Hügel der Karpathen und der Alpen fallen ja heute vom Donner der Geschütze wider. Die großen Kanonen tragen viele Kilometer weit; dadurch häufen sich natürlich die Wälder in der Richtung des Ziels, und wenn man auf weiter Steppe schießt, so verwickelt schon die Größe der Entfernung den Punkt, der getroffen werden soll.

Selbst der Verlust eines kleineren Geschützes ist schon nicht uner- heblich, da auch ein solches für bürgerliche Begriffe einen recht an- sehnlichen Wert verkörpert. Noch viel empfindlicher ist es aber, wenn einer der großen „Brunnen“ durch ein feindliches Geschütz außer Gefecht gesetzt wird. Man versteht daher diese Geschütze gern in irgendeiner Deckung, die aber auch das Ziel unsichtbar macht. Feuer einer Kanone dicht hinter einem Berge, so wird sie schwer zu treffen sein, und sie hat dann einen verhältnismäßig sicheren Stand. Dann muß Steilfeuer gegeben werden; aber die heutige Schießkunst weiß sich auch damit abzufinden. Oder man schießt die Batterie hinter einem unübersichtlichen Walde. Dann gilt es wieder, das Geschütz gegen Feindesicht zu schützen, und das zwinnt wohl zum Auffuchen eines Verstecks, in dem man zwar nicht gesehen wird, von wo aus man aber auch den Gegner nicht wahrnehmen kann. Vielleicht er- scheinen früher manche derartigen Mittel weniger nützlich, da schließ- lich der aufsteigende Rauch doch den Standort der Schützen verrät. Jetzt arbeitet man jedoch mit ungemein rauchschwachen Triebmitteln, so daß ein Geschütz hinter einem unübersichtlichen Körper wirklich ver- borgen bleibt. Und dieser Umstand gibt eben Veranlassung, daß man solche Deckungen schätzt und sucht.

Man ist also vielfach genötigt, sich beim Zielen nach einer guten Karte zu richten. Wer diese Forderung an die Erfinder der Feuer- waffen gestellt hätte, würde wohl nur ein Lächeln geerntet haben. Heute wird mit ihr nichts Unmögliches mehr verlangt; denn die Kunst der Kartenzeichnung hat sich ungemein hoch entwickelt, und

man bestet gegenwärtig von jeder Gegend zuverlässige Darstellun- gen, wenn sie nicht gerade in den unerforschten Gebieten fremder Weltteile liegt. Diese sind auch allen zugänglich, die sich ernstlich um ihren Erwerb bemühen. Schon im Jahre von 1870/71 besaßen die Deutschen vorzügliche Karten der französischen Festungen und der kriegerisch bedeutungsvollen Gegenden; sie waren damit ebenbürtig versehen wie mit Darstellungen des körnen Geländes, das zunächst mindere Wichtigkeit zu haben schien. Seit die Fliegerkunst sich ent- wickelt hat, kann man ferner aus der Höhe durch Augenblickauf- nahmen kartennmäßige Bilder gewinnen oder vorbereiten, und so fehlt es denn nicht an Grundlagen für ein Schießen, das sozusagen „auf dem Papier“ ausgeführt wird.

Die ausführliche Karte bietet wirklich alles, was zum Zielen nötig ist, indem sie sämtliche räumlichen Beziehungen erkennen läßt, die gebraucht werden. Sie gibt an, in welcher Richtung das Ziel liegt; sie verrät dessen Entfernung; sie zeigt, um wieviel Meter das Ziel über oder unter dem Punkt liegt, von dem aus geschossen wird. Mehr kann man auch nicht mit dem Auge ermitteln, selbst wenn es noch so gut bewaffnet ist. Höchstens müssen hier noch Wind und Wetter in Rechnung gezogen werden; das ist aber auch beim Schießen nach dem Auge der Fall.

Im deutsch-französischen Kriege erregte es a. B. Bewunderung, daß die Belagerer von Strahburg eine Schanze aufgeschossen, die sie nicht sehen konnten. Heute sind derartige Leistungen nichts Seltenes mehr. Unse Schützen wissen ihr Ziel zu finden, auch wenn sie es nicht sehen können.

Kleine Chronik.

Altes Theater (Die lange Jule). — Karl Hauptmanns Drama Die lange Jule, dessen Aufführung dem Schillerverein zu danken ist, macht wie vieles oder wohl das meiste, was Gerhart Hauptmanns Trüber verflochten hat, einen zwiespältigen Ein- druck. Das Erreichte und das Gewollte stehen nicht im Einklang, und es scheint das Schicksal des Dichters zu sein, nie zum Ausdruck zu kommen. Woher das kommt, ist nicht so einfach zu sagen, und es ist auch keine angenehme Pflicht, das immer und immer wieder betonen zu müssen. Denn immer wieder sieht man bei Hauptmann auf dichterischer Schauen, auf einzelne Züge und Figuren, die aus Dichtergehen kommen und in seltsam phantastischer Beleuchtung stehen, und immer wieder muß gesagt werden, daß sie in einer Masse von Dunst und Gefirnis untergehen und verschwinden. Es scheint so, als vergewaltigte Karl Hauptmann selber seine dichterische Ur- begabung als hätte er sie zu lange zurückgehalten und erst lau- werden lassen, als schon andre Kräfte in ihm mächtig geworden, die ihr ruhiges Wachen hemmten und lürten. Es scheint, daß sein Dichten im Naturalismus und im Erfassen schließlichen Volkstums wurzelt, daß er aber nicht die Selbstlosigkeit und Ruhe gehabt hat, dieses Dichten sich entfalten zu lassen, dafür aber sich Kopf und Herz mit allen möglichen literarischen Spintifizierungen vollstopfte, so daß er nun alle Gebilde, die er zunächst mit den Kräften seiner ur- sprünglichen Natur zu schaffen beginnt, als Literat, als einer, der weiß, was die literarischen Propheten verlangen, verderben und ver- schandeln muß. Bis zu einem gewissen Punkte schafft seine Phant- astie sachlich, aus reinem, klarem, tiefem Erleben heraus; dann setzt mit dem Erschaun ein gewalttätiges Spielen ein, das nicht durch sicheres Stillsitzen gebändigt wird. Ein geborener Naturalist befaßt sich beim Ausgestalten seines seelischen Erlebens, daß der Naturalismus ja totgeschlagen ist, und ringt nun brünstig darum, die schlichte Sachlichkeit zu höherer symbolistischer Bedeutsamkeit zu steigern.

Die lange Jule ist ein Musterbeispiel für diese Hauptmannsche Art. Er erhält unwillkürlich den Eindruck, daß ursprünglich ein naturalistisches Charaktergemälde geplant gewesen sei. Die Zer- störung einer gewalttätigen Frauensperson dadurch, daß eine Kraft ihrer Seele, die bäuerliche Befähigung, geknirscht durch das gegen die Stiefmutter und das leidenschaftliche Verlangen nach dem Vater- hof, sich zur herrschenden Kraft entwickelt, neben der alle andern seelischen Kräfte verkümmern; nachdem das Ziel unter Hinanführung aller Gefühle der Pietät und Preisgabe der Frauenwürde erreicht ist, erfolgt der Zusammenbruch, als das Vatergut niederbrennt. Dies Charaktergemälde mag ursprünglich brennend scharf gesehen sein, es mag auch ursprünglich eine gewisse Größe besessen haben. Die Gewalttätigkeit der Frauensperson wird als vom Vater ererbt her- vorgehoben; sie wächst sicher auf, als etwas, was nicht nur sich aus Zugehörigkeit zum Bauernstamm, sondern auch aus dem Blute er- klärt.

Das aber in dramatischen Bildern schlicht sachlich zu entwickeln, wäre ja zu einfach, und deshalb wird der Phantastie nun eingeschle- det, daß sie sich ins Phantastische steigert. Es muß so getan werden, als fange der Satan eine Seele ein und bediene sich eines Schufler und Häusermaller gewordenen Teufels als verlockenden Werkzeuges, und als stünde schlichte Frömmigkeit und kindlich fallende Einfalt da und schau dem Hüllenschaupiel erschauern, jammern und wehklagen zu. In dem Zwecke müssen nun die Personen erschreck- lich bemüht werden; die lange Jule darf nicht bloß, von ihrem Vater getrieben, ihrem Ziel nachjagen, sie muß auch sehr genau wissen können, wie es mit ihr steht, und alle Personen müssen bald zu rebem, wie ihr Wesen sie zwingt, bald so, wie der Literat, der den Naturalismus überwinden hat, sich das als nötig vorstellt, wenn er ins ausgelebte Symbolistische hineinsteigen will.

Es soll nicht gelaugnet werden, daß so Wagniswirkungen erzielt werden. So wenn die lange Jule in düstrier Nachstimmung mit dem Häusermaller ringt, so wenn im letzten Akt Feuerfchein und Feuer- larm und schrille Schreie aufgeboren werden, um den Zusammen- bruch vorzubereiten. Aber all diese Wirkungen halten nicht stand, sobald der Zuschauer zurückblickend das Ganze ins Auge faßt. Das Endergebnis ist, daß ein ursprünglich stark erlebtes Gebilde unter Teufelspud und Geistererscheinung durch allerhand Stimmungs- und Wortesrimbitorium wüßtilich, launisch von dem Boden wegge- hoben worden, aus dem es sicher und überzeugend erwuchs.

Die Aufführung, von Hermann Rudolph geleitet, vom Dichter, der bei den letzten Proben anwesend war, sicherlich beeinflusst, zeich- net sich durch besondere Sorgfalt aus, glückt aber doch mehr in den Nebenrollen als in der Hauptfigur. Zwei Gestalten haben sich Stimmungskräfte heraus, der gezeichnete alte Junkhäusler und Häusermaller, den Herr Körner aus gedrücktem, scheuem Wesen heraus ins Lasterhafte hinüberstarrten ließ, und der von Herrn Huth verkörperte Dorfsonderling, der verwirrten Besties in Herzge- einfalt das wilde Geschrei mit seltsamen Rauten begleitete. Die Belebung der Hauptrolle mit Frau Schwarzer-Pastike brachte die Gefahr mit sich, daß die ererbte bäuerliche Wildheit nicht über- zeugend in Erscheinung trat und die Zwiespältigkeit der Zeichnung hart fühlbar wurde.

Das Schauspielhaus brachte gestern ein unterhaltendes, witziges Stück Perlen, von Gotthard Schmidt, in abgerundeter Darstellung heraus. Seine komischen Situationen zieht das Stück aus der Kon- struktion, daß einem Ehemann die Aufrichtung des Diebstahls eines Perlenhalsbands, das er seiner schönen Frau verehrt, sehr un- gelegen kommen muß. Die Frau schämt das Schmachstück als einen besonderen Beweis der Liebe ihres Gatten, aber die Perlen sind unecht, und der Mann möchte daher um alles in der Welt nicht, daß der wahre Sachverhalt festgestellt wird. Er kommt auch dank dem Verfasser glücklich davon, der die Gelegenheit benutzt, die Fingerringe

Der große Vortag in fragwürdigem Licht zu zeigen und möglichst viel Licht an den Werten zu bringen. Zunächst macht er klar, dem Spiel tiefer Bedeutung beizumessen, insofern er das Thema vom Wert der Illusion für das Wohlergehen der Menschen aufschlägt, aber er sieht in der Hauptfrage seine Aufgabe darin, ein Neb von Verwicklungen und Überraschungen zu spinnen, bis er alles zum Besten wendet. Davon hielten sich die Zuschauer und amüsierten sich. Das Spiel, geleitet von Fritz Rogge, ging in sicherem Takt. Hans Reibelt verlangte sich, einen dümmlichen Kriminalinspektor bald seine Hilfslosigkeit eingestehen, bald triumphieren zu lassen und ihm eine höchstliche Gemütskur mit auf den Weg zu geben, die sich in alle Situationen zu finden weicht. Herr von Zeblich-Kentrich, Gertrude Langfelder und Emilie Winterberg besorgten das übrige mit bester Form.

Die erste Kammermusik des Arbeiterbildungsinstituts fand gestern vormittag im vollständig besetzten Saal des Kaufhauses vor einer Zuhörerschaft statt, die den Darbietungen mit jenem ersten, feierlich gestimmten Sinn folgte, der das Kennzeichen des innerlichen

Verständnisses ist. Die Herren Otto Weinreich, Edgar Wollgand und Prof. Julius Klengel zeigten sich im Zusammenspiel als treuherzige Kammermusiker; keiner von ihnen drängte sich vor durch ein unbekanntes Maß von Konfekte, vielmehr war die Abtönung und das stilistische Feingefühl zu bewundern, mit denen jeder seine Aufgabe ganz im Sinne des Werks zu lösen vermochte. Das Weichensche Trio in Es-Dur aus dem Opus 1 erhielt eine köstliche, duftige Leichtigkeit und war auch in dem überaus frischen Rhythmus durchweg richtig erfasst. Zwischen dieses prächtige Werk und das den Schluss machende Es-Dur-Trio von Brahms waren zwei Violinstücke des alten italienischen Meisters Paganini gestellt, die Kreidler neu herausgegeben hat. Es sind gleichermaßen außerordentlich dankbare Aufgaben, die in erster Linie breiten, den vollen Bogen in Anspruch nehmenden Ton verlangen; wichtig und klar steht das Präzidium und das ihm angelegte Allegro vor uns da, den großen, pompösen Stil einer Richtung ihrer Zeit glanzvoll repräsentierend. Edgar Wollgand erzielte damit einen vollen Erfolg. Außerdem hörte man noch drei unterschiedliche Stücke von Max Reger aus der hübschen Sammlung: Aus meinem Tagebuche, Keine Stimmung-

bilder voller Neugierlichkeit, die Otto Weinreich am Flügel gewandt nachschloß.

Konzerte und Vorträge. Dienstag, 1/8 Uhr, im Kaufhaus Konzert von Clara Senius-Erler und Luise Gmeiner. — Mittwoch, 8 Uhr, im Theateraal des Krystallpalasts: Langabend von Rita Sacchetto und Schillerinnen. — Freitag, 8 Uhr, in der Albertshalle: Erstes Konzert des Dresden'ser Philharmonischen Orchesters. — Montag, 13. November, 8 Uhr, im Kaufhaus: Marie Schlegelinger und Fritz v. Hofe. — Dienstag, 14. November, im Kaufhaus: Erster Kammermusikabend des Klingler-Quartetts.

Eingelaufene Schriften.

B. A. Nuttmann, Berufswahl, Begabung und Arbeitsleistung in ihren gegenseitigen Beziehungen (Aus Natur und Geisteswelt, Nr. 522). Leipzig, Verlag von B. G. Teubner. Preis gebunden 1.50 RM.

Weihnachtsliebesgaben für unsere Truppen

zum dritten Male wird das deutsche Heer das Weihnachtsfest fern der Heimat erleben müssen. Immer schwerer wird der Kampf ohnegleichen, den unsere tapferen Truppen mit nie versagendem Mut für uns und unsere Zukunft bestehen. Immer größer wird darum aber auch die Dankeschuld, die wir Daheimgebliebenen an sie abzutragen haben. Darum richten wir an alle unsere

Mitbürger und Mitbürgerinnen

hiermit die herzlichste dringende Bitte, auch in diesem Jahre zum Weihnachtsfeste unserer Tapferen durch reiche Zuwendungen von Geld und Gaben zu gedenken. Wir wollen ihnen durch die Tat beweisen, daß unsere Gedanken zu Weihnachten ganz besonders bei ihnen weilen.

Die Stadt Leipzig wird im Einvernehmen mit den hiesigen Erfahrtropenteilen die Liebesgaben für die Truppenteile sammeln und versenden, die in der Stadt Leipzig ihre Garnison haben oder in Leipzig gebildet worden sind. Erwünscht sind besondere Pakete, die für je einen Soldaten berechnet und möglichst nicht größer sind als 15x15x35 Zentimeter. Pakete für bestimmte Einzelpersonen können nicht angenommen werden.

Als Gegenstände für Liebesgaben kommen namentlich in Betracht: Tabakspfeifen, Tabaksbeutel, Tabak, Zigarren (möglichst in kleinen Packungen), Zigaretten, Zahnbürsten, Taschenmesser, Nichte, kleine Laternen, Handschuhe mit Fingern, Taschentücher, Hosenträger, Decken, Schokolade, Honig, Marmeladen, Kekse, Rum, Urak, Schnäpse, Rotwein, Fischkonserven und Bisker (nicht Streichhölzer). Wenn die Pakete Flüssigkeiten enthalten, wird gebeten, dies durch eine entsprechende Aufschrift kenntlich zu machen.

Annahmestellen für die Sachgaben sind: die Hausinspektion des Neuen Rathauses (Sammelraum im Stadthause, Zugang Burgplatz oder Markgrafenstraße, Lorenzfahrt) und alle städtischen Schulen, sowohl die Bezirks- wie die Bürgerschulen, höheren Bürgerschulen, Gymnasien, Oberrealschulen, Realschulen, höheren Mädchenschulen, die Frauenberufsschule, die Gewerbeschule und die Carolaschule.

Annahmestellen für die Geldspenden sind: die Stadthauptkasse (Postcheckkonto Nr. 4995) und die Depozitenkasse, beide im Neuen Rathaus, Erdgeschoss, die Stiftungsbuchhalterei (Postcheckkonto Nr. 10589), im Stadthaus und sämtliche städtischen Steuerhebe- und Sparkassenstellen. Wir bitten, in diesen Sammelstellen die Liebesgaben bis zum **13. November** werktäglich in der Zeit von 9-12 Uhr und 3-6 Uhr abzugeben. Die genannten Kassenstellen sind Sonnabends nachmittags geschlossen.

Von Sondersammlungen bitten wir, um eine Zerspaltung der Liebestätigkeit zu vermeiden, abzusehen. Sowie aber doch im einzelnen Falle hierauf Gewicht gelegt wird, würden wir dankbar sein, wenn der Ertrag der Sammlungen unseren Sammelstellen zugeführt würde, da nur auf diese Weise Gewähr für gleichmäßige Verteilung der Weihnachtsliebesgaben gegeben werden kann.

Leipzig, am 16. Oktober 1916. Der Rat der Stadt Leipzig. Dr. Dietrich.

Städtische Theater in Leipzig.

Montag, den 6. November 1916
Neues Theater.
270. Virechts-Vorstellung (2. Folge, rot)
Das Glück im Winkel.
Schauspiel in 3 Akten von Hermann Sudermann.
Bühnenleitung: Oberregisseur Adolf Wink.
Mitwirkende: Emil Kamelof, Martha Krenn, Paula Konay, Kurt Stiller, Martina Otto, Edgar Berger, Halbe Quitt, Hans Heise-Gütt, Halbe Fiedler, Ellen Vogel.
Schauspielpreise. Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.
Altes Theater.
Reine Vorstellung.
Neues Operetten-Theater.
Auf Befehl der Kaiserin.
Ein Operettenstück aus alten gemächlichen Zeiten in 3 Akten von C. Jacobson und H. Bohangh. Musik von Bruno Granichschofen.
Bühnenleitung: Oberregisseur Erich. Musikalische Leitung: Gabriel.
Mitwirkende: Marianne Köhner, August Pöhl, H. Fischer 1, H. Fischer 2, Eduard Waber, Josef Trautmann, Rudolf Haas, Rudi Waber, Emma Kobara, Marie Zuber, Hilma Warden, Cornet, Cornet, Rüdiger, Edmund Waber.
Schauspielpreise. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.
Die Tageskasse ist geöffnet von 10-12 Uhr, Sonntags von 11-2 Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.
Montag, den 6. November 1916
Verlen.
Lustspiel in 3 Akten von Gotthard Schmidt.
Schauspiel: Fritz Rogge.
Mitwirkende: G. v. Seibitz-Kentrich, Gertrude Langfelder, Hans Reibelt, W. Reiger-Wildschütz, Heinz König, Olga Wedow, G. M. Lawrence, Eise Gerbold, E. Winterberg, Ed. Braunstein, Gustav Bachmann.
Schauspielpreise. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.
Tage- und Abendkassen haben Wühlfelder.
Die Tageskasse ist geöffnet von 10-12 Uhr, Sonntags von 11-2 Uhr.

Arbeitsmarkt
Tüchtige Glasschleifer
bei hohem Lohn gesucht
E. Heienthal & Co.

Werkzeugschlosser
Dreher u. Mechaniker
für lohnende Arbeit sofort gesucht.
Sachsenwerk
Niedersadlitz-Dresden.

Wir suchen zum sofortigen Antritt
Former, Kernmacher
Dreher, Hobler
bei hohem Lohn. Verheirateten wird Umgang vergütet.
Maschinenfabrik u. Eisengießerei **Selzer & Co., Borna** Bezirk Leipzig.
Kräftige Hofarbeiter
gesucht
Feldbahnfabrik, Dösner Weg 16.
Elektr. Glühlampen!
Zum Verkauf an Private in Stadt und Land geeignete Persönlichkeiten gesucht. Angebote an **Max Bach, Fichtestrasse 56a.**

— Illustrierter —
Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1917
Mit drei Bildern: Demäher, Ueberschwemmung, Beim Wein. Außerdem ein Kunstblatt: Herzogin und ein Wandkalender.
Preis 50 Pf.
Vorrätig und zu beziehen durch die **Leipziger Buchdruckerei A. G., Abt. Buchhandl.** Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 und in den Filialen der Leipziger Volkszeitung.

Gasschlosser
für Lohn und Wirt gesucht.
Eisenbahnstr. 134, Laden.

Eisenhoch- und Brückenbau.
Tüchtige **Vorzelchner**
Zusammenbauer
und **Nieter**
sucht sofort
Schlege A.-G.
Leipzig-Paunsdorf

Wir suchen für unsere Fabrikanlage in Gunsleben, Kreis Osterleben, zu möglichst baldigem Eintritt einen gewandten, erfahrenen **Werkführer**, der mit Mühlen und elektrischen Maschinen vertraut ist. Kriegsschädigte werb. bevorzugt.
Kraftfutterwerke Günsleben
G. m. b. H.
in Halberstadt.

Aus der Landwirtschaft wird ein junger Mann als **Wärter** sofort gesucht. Derselbe muß auch mit Pferden umzugehen verstehen.
Zoolog. Garten Leipzig.
Tücht. Schneider für Militär-Mäntel und Hosen suchen Brendel u. Bähr, Grimm-Str. 26
Lehrling.
Für unsere Stereotypieabteilung wird für Herbst 1917 ein Lehrling gesucht. Schriftsteller
Ludwig Wagner
L.-St., Gabelsberg-erstraße 1a.

Arbeiter
sucht Euch vor Steuer-
Ueberschätzung!
Schafft Euch das **Lohnbuch zu Steuerzwecken** mit feiner, post. Kart. Anlagen an Preis 20 Pf., per Post 25 Pf. (auch in Heftform)
Verlag **G. Wolffraum**
Leipzig, Steinstr. 42, I.
Vermpf. 511/5001
30333

Vorrätig in der Leipziger Buchdruckerei A. G., Abt. Buchhandlung Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 und in allen Filialen der Volkszeitung.

Wie werde ich bei einer aus Anlaß des Krieges erlittenen Beschädigung versorgt?
Von **Demmig.**
40 Pfg.
Leipziger Buchdruckerei A. G., Abteilung Buchhandlung Leipzig, Tauchaer Str. 19/21

Weihnachtsliebesgaben!

jeder Art sowie Geldspenden zur Besetzung solcher für die Feldregimenter des Ersatz-Bataillons Reserve-Inf.-Regts. Nr. 107 werden im Bataillons-Geschäftszimmer (Thomaring 3e, 1 Treppe, Zimmer 7) täglich bis 10. Dezember 1916, von 8 Uhr vorm. bis 7 Uhr abends (auch Sonntags) gern entgegengenommen. Es werden auch Pakete für bestimmte, den Feldregimentern angehörende Empfänger befördert. Ausserdem liegen beim Ersatz-Bataillon Listen aus über bedürftige Angehörige der Feldregimenter.
Die Sammlung der Liebesgaben erfolgt in Verbindung mit denen der Staat- und Landgemeinden.
Ersatz-Bataillon Reserve-Inf.-Regiment Nr. 107.

Krystall-Palast-Theater

Paul Göbel, — der beste — sächsische Komiker und der übrige grossartige neue Spielplan.
Anfang 8 1/2 Uhr. Gewöhnl. Preise. Dutzendkarten 5.50 M.

Baltenberg

Täglich abends 7 1/2 Uhr Künstler-Vorstellung.

Ewald Gibson	2 Canarys
Kaufmanns Radfahrerinnen	
Thea Schwarz	2 Bennos
Paul Beckers	
Paula Theissen	Ella Oktavio
Niks Rollschuhläuferinnen	Kriegsbilder

Kartenvorverkauf: **Baltenberg u. Frz. Stein, Markt 16**
Baltenberg-Theater
Heute und morgen, abends 8 1/2 Uhr: Zum 17. und 18. Male Die wahre Liebe opfert sich. Schauspiel in 3 Akten — nach dem ersten gleichnamigen Roman — von Erich Priessner.

Das gute Niebeck Bier

Reichstag.

74. Sitzung, Sonnabend, den 4. November, vorm. 10 Uhr. Am Bundesratsstische: Dr. Helfferich.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag der Regierung, der Vertagung des Reichstags bis zum 13. Februar 1917 zuzustimmen.

Abg. Ebert (Soz.): Meine Freunde haben eine Regelung vorgezogen, die dem Reichstag die Möglichkeit bietet, zusammenzutreten, wenn er es für zweckmäßig erachtet. Wir halten es für selbstverständlich, daß die Regierung auch vor dem Februar den Reichstag zusammenberufen wird, wenn der Reichshausauschuss, der ja weiterläuft, es für notwendig erachtet.

Abg. Wassermann (Nat.): Auch wir hätten statt der Vertagung durch kaiserliche Verordnung lieber eine solche gesehen, die dem Reichstag das Recht bietet, wieder zusammenzutreten, wenn wichtige Dinge vorliegen.

Abg. Haase (Soz. Arb.-G.): Meine Freunde können sich mit der vorgeschlagenen Vertagung nicht einverstanden erklären. Jeder Tag kann folgenschwere Ereignisse bringen und die Bedeutung des Reichstags wird herabgewürdigt, wenn er nicht sofort dazu Stellung nehmen kann. Wenn der Reichstag auf seine Stellung als mitbestimmender Faktor der Geschicke des Reiches nicht verzichten will, so muß er gerade zur jetzigen Zeit darauf achten, daß er nicht vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Das baldige Zusammentreten des Reichstags ist schon deshalb erforderlich, um durch gesteigerten Druck das durchzuführen, was der Reichstag bisher immer vergeblich gefordert hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Das Zusammentreten der Budgetkommission ist auch während der Vertagung ermöglicht, die Vertagung selbst aber ist aus dringenden Gründen der Geschäftsführung der Reichsleitung notwendig. Falls dringende Ereignisse ein früheres Zusammentreten des Reichstags erwünscht erscheinen lassen, so wird der Kaiser ihn sicherlich zusammenberufen.

Der Antrag auf Vertagung des Reichstags wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die Beratung des Entwurfs betr. die Schußhaft.

Ministerialdirektor Lemmer: Die Regierung kann im gegenwärtigen Moment keine Stellung zum Gesetzentwurf nehmen. Die vom Staatssekretär des Innern zugespaltene Untersuchung der einzelnen im Reichstag vorgebrachten Fälle ist eingeleitet. Außerdem ist vom Reichsamt des Innern und vom Oberkommando eine Kommission mit Ausarbeitung einer Instruktion über die Schußhaft beauftragt, die von einer liberalen weitherzigen Auffassung auszugehen soll. Wenn der Reichstag im Februar zusammentritt, werden solche Fälle, wie die hier zum allgemeinen Bedauern mitgeteilten, nicht wieder vorgekommen sein.

Es wird sofort in die zweite Lesung eingetreten.

Abg. Landsberg (Soz.): Wir sind nach wie vor der Überzeugung, daß der Belagerungszustand, diese Grundlage für die Schußhaft, ungeeignet ist. Eine Verfassung ohne richterlichen Beschluß ist mit dem Rechtsempfinden des Volkes unvereinbar. Mit unseren Anträgen auf Aufhebung des Belagerungszustandes sind wir leider nicht durchgedrungen. Im vorliegenden Entwurf erblicken wir eine allerdings nur sehr bescheidene Reform. Daß dem Verhafteten der Grund der Verhaftung mitzuteilen ist, daß er ein Beschuldeter hat, daß er vernommen werden muß, daß er ein Recht auf einen Verteidiger hat, sind Verbesserungen gegenüber dem gegenwärtigen Zustand. Daß bei einer Verhaftung ohne Begründung Schadensersatzpflicht besteht, ist selbstverständlich (Sehr richtig). Nach dem Entwurf soll die Haft nur zulässig sein, wenn sie zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches erforderlich ist. Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht bei einer Gefährdung der Ordnung, sondern nur bei einer ernsten, nicht anders zu vermeidenden Gefahr angewandt ist. Freilich wird auch diese Formulierung vor Mißbrauch kaum schützen. Immerhin bedeutet der Entwurf eine Verbesserung des bestehenden Zustandes, und wir werden ihn deshalb annehmen (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Haase (Soz. Arb.): Der Belagerungszustand wird im Widerspruch mit der Verfassung aufrechterhalten. Seine volle Beibehaltung ist nach wie vor dringendes Gebot. Die sogenannte Schußhaft wird fast durchweg nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen verhängt. (Sehr wahr! bei den Soz. Arb.) Auch nach dem vorliegenden Gesetzentwurf werden die Gegner des gegenwärtigen Systems aus nichtigen Gründen verfolgt und der Freiheit beraubt werden. Die Worte „wenn sie zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches erforderlich ist“ werden der Willkür der weitesten Spielraum gewähren. (Sehr wahr! bei den Soz. Arb.) Während die Willkür jetzt aber schrankenlos ist, werden ihr durch den Entwurf immerhin einige Schranken gesetzt. Als Ganzes bedeutet er daher eine Verbesserung für die unglücklichen Opfer der Schußhaft, und deshalb werden wir ihm als einen Notbehelf zustimmen.

Die Debatte schließt, es wird sofort in die dritte Beratung eingetreten.

Abg. Scheidemann (Soz.): Als Vorsitzender der Kommission und in ihrem Auftrage richte ich die dringende Aufgabe an die verbündeten Regierungen, so schnell als möglich zu diesem Gesetz Stellung zu nehmen und ihre Zustimmung dazu zu geben. Solche Vorkommnisse, die nicht nur von der Kommission, sondern von dem ganzen Reichstage und dem ganzen Volk auf das tiefste bedacht und beurteilt worden sind, dürfen unter keinen Umständen sich wiederholen. Die Regierung würde eine schwere Verantwortung auf sich laden, wenn sie auch nur eine Minute zögern würde, dieses Gesetz zur Verabschiedung zu bringen. (Bravo!)

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen, die Verkündung dieses Resultats wird mit Bravorufen begrüßt.

Es folgt die Beratung des Berichts des Ausschusses für Handel und Gewerbe. Er beantragt, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine angemessene Beihilfe für die Leipziger Messe in Aussicht zu nehmen.

Abg. Dittmann (Soz. Arb.): Meine Fraktion stellt keinen Grund, um die Regierung zu diesem Antrage aufzufordern. Sollte sie eine solche Position in den Etat aufnehmen, so behalten wir uns unsere sachliche Stellungnahme bei der Etatberatung vor.

Abg. Stiefemann (Nat.): Wir bedauern die Stellung des Vorredners. Gerade eine Partei, die Arbeiterinteressen vertritt, sollte Verständnis dafür haben, welche Bedeutung dieser Antrag für die Industrie hat.

Abg. Molkenshuhe (Soz.): Wir stimmen dem Antrag zu. Die Leipziger Messe war von jeher ein Sammelpunkt, wo Menschen aus allen Nationen zusammenkamen, um im friedlichen Wettbewerb ihre Produkte auszutauschen. Wir sehen eine Zeit wieder herbei, wo Menschen aus allen Nationen friedlich zusammenarbeiten. Die Leipziger Messe ist ein solcher Sammelpunkt für Kaufleute aus allen Nationen gewesen. Es ist ja zu begreifen, daß die Leute, die den deutschen Handel bekämpfen wollen, alle Anstrengungen machen, um Konkurrenzunternehmungen gegen die Leipziger Messe zu schaffen, wie es in England und Frankreich geschieht. Wir stimmen dem Antrag namentlich deshalb zu, weil die Leipziger Messe Gelegenheit gegeben hat, einem Teil unserer Industrie einen Auslandsmarkt zu verschaffen. Das liegt im Interesse der deutschen Industrie und der deutschen Arbeiterschaft. Wir sehen in dem Antrag eine Vorbereitung für den internationalen Handel.

Regierungskommissar Geheimrat Müller verspricht wohlwollende Prüfung des Antrages.

Abg. Dittmann (Soz. Arb.): Ich habe nicht sachliche Gründe gegen eine Beihilfe zur Leipziger Messe vorgebracht; eine sachliche Stellungnahme behalten wir uns für die Etatberatung vor. Wir

sehen nur keinen Grund, die Regierung zu dieser Gelbtausgabe aufzufordern.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Karstens (Sp.), Schiele (konf.), Bell (Zentr.), Trendl (deutsche Frakt.) wird der Antrag gegen die Stimmen der Sozialistischen Arbeitgemeinschaft angenommen.

Hierauf wird die Debatte über die Ernährungsfragen fortgesetzt.

Abg. Gerold (Ftr.): In den Vorstand des Kriegsernährungsamtes sollte auch ein Vertreter des Kleinhandels berufen werden. Den Preissteigerungen muß entschiedener entgegengetreten werden. In der Kartoffelversorgung ist in der letzten Zeit einige Besserung eingetreten. Wir erwarten bestimmt, daß die Kartoffelpreise nicht wieder erhöht werden. Zur Spiritusbereitung dürfen Kartoffeln so wenig wie möglich verwendet werden. Technisch muß es möglich sein, Spiritus aus anderen Stoffen zu bereiten. Die Anordnungen in Bezug auf die Fettverteilung begrüßen wir. Die Hauptaufgabe für das nächste Jahr wird die Hebung der Produktion sein, damit mehr zur Verteilung gelangen kann. Aber an einen Produktionsanstieg in der Landwirtschaft ist gar nicht zu denken. Den Zuckerrübenbau und den Anbau von Hülsenfrüchten kann man mit Leichtigkeit vermehren, ohne die Getreideproduktion zu beeinträchtigen. Aber eine intensive Düngung ist dazu notwendig. Unser gelamtes Volk hat die notwendigen Entbehrungen mit dem größten Opfermut getragen. Wir können deshalb sicher sein, daß auch bei voller Absperrung unsere Volksernährung gewährleistet ist. Ein Volk, das solche Opfer in dieser Weise trägt und mit solcher Einigkeit zusammenhält, muß den Sieg davontragen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Robert Schmidt (Soz.): Eine Rückkehr zum freien Handel wäre sehr bedenklich. Hätten wir den Zwang nicht, so würden die Preise noch viel höher sein, in Luxemburg z. B. werden auf dem freien Markt für den Zentner Kartoffeln 24 Mark bezahlt. Das System der Höchstpreise, der Nationalierung, der Zwangsabgabe war also unbedingt notwendig, sonst wäre längst der wirtschaftliche Zusammenbruch eingetreten. Den Produktionszwang lehnt der Vorredner und auch der Präsident des Kriegsernährungsamtes ab. In dem Sinne, daß der einzelne Grundbesitzer vorgeschrieben bekommt, was er anbauen soll, hat ihn wohl überhaupt niemand jemals gefordert, wohl aber muß ein Zwang da sein, den vorhandenen Boden auch wirklich auszunutzen und für den Anbau zur Verfügung zu stellen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nicht unbefriedigend ist auch die Preispolitik des Kriegsernährungsamtes (R.-G.) Es begann seine Tätigkeit mit der Heraushebung des Kartoffelpreises über den vorjährigen Preis; es wollte dadurch einen Anreiz zur Beschleunigung des Anbaues schaffen. Das war aber verfehlt, denn bei hohen Preisen wächst stets die Erwartung der Produzenten auf noch höhere Preise. Das hat sich gerade bei den Kartoffeln gezeigt. Auch das R.-G. mußte sich schließlich überzeugen, daß das einzige Mittel die notwendigen Nahrungsmittel an den Markt zu bringen, der Zwang ist. Wir sehen ja, wie die Stadtverwaltungen klagen, sie bekommen keine Kartoffeln geliefert, obwohl doch jetzt die Möglichkeit dazu durchaus besteht. Mit der Frühjahrsernteernte ist es freilich etwas anders; wird ein ausreichender Vorrat nicht rechtzeitig sichergestellt, so werden wir im Frühjahr zu sehr bedenklichen Zuständen kommen. Auch die Höchstpreise für inländische Fische sind um 15 bis 20 Mark pro Zentner erhöht worden, obwohl die Preise schon weit über dem Friedenspreis standen. Geradezu unerhörte Zustände herrschen hier, wird doch für geräucherter Kalb im Kleinhandel 8 Mark pro Pfund verlangt. Gegen diese Preissteigerung hätte das R.-G. längst einschreiten müssen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Für die weitesten Volkskreise bilden die Fische einen Ersatz für Fleisch, der jetzt auch wegfällt. Auch die Wildpreise sind erhöht worden, um Wild nach den großen Städten zu bringen. Dieser Zweck ist natürlich nicht erreicht worden. Bei Getreide und Hafer ist ja eine Freilegerung eingetreten, aber der Preis muß auf den für Notlagen herabgesetzt werden, damit das Korn nicht verfaulert, sondern in höherem Maße für Graupen- und Getreidefabrikation gewonnen wird.

Sehr geklagt wird über die Zurücklegung des Handels in den Organisationen. Wir können dem nicht zustimmen. Der Handel hat sich in der Lebensmittelversorgung nicht bewährt. Preissteigerung und unerhörte Wucherpraxis hat er verschuldet, der Kleinhändler ist nicht ausgenutzt. Leider sind auch die Zwangsorganisationen vielfach bedenkliche Wege gewandelt. Im Viehhandelsverband werden Provisionen gezahlt, die weit über das im Frieden übliche hinausgehen, obwohl doch die Vermittlung sehr besonders einfach ist. Einzelne Herren beziehen dort Revenuen gleich einem Ministergehalt. (Hört, hört!) Im ganzen bleiben in den Provisionen dort rund 20 Millionen Mark stecken. (Erneutes Hört, hört!) Die unantwärtlichen Maßnahmen im Viehhandel auszuschalten, liegt im Interesse der Produzenten und Konsumenten. (Sehr richtig!) Auch bei Futtermitteln wird eine Vermittlungsgebühr von 20 Pf. pro Tonne gezahlt. Auch dort sollte man keine Summen ansammeln, um sie später wieder als Prämien bestimmten Kreisen zurückzugeben.

Besonders erfolglos war die Reichshilfe für Obst und Gemüse. Noch bis heute ist die Nachprüfung der großen Lieferungsverträge durch diese Stelle nicht erfolgt und von der Befugnis der Herabsetzung der Preise hat sie gar nicht Gebrauch gemacht. Nur ein Beispiel für das Verfahren dieser Stelle. In Dresden beschlagnahmte sie bei einem Händler für 1200 Pf. Pflanzen, die er aus Prag eingeführt hatte, und verkaufte sie dann an denselben Händler für 1800 Pf. (Hört, hört!)

In größerem Umfange muß die Nahrungsmittelproduktion aus Getreide und Hafer gefördert werden, die einen Ersatz für Kartoffeln gibt. Die Argumente des Präsidenten des R.-G. in bezug auf die Alkoholfrage tragen dem Ernst der Situation nicht voll Rechnung. Eine betriebende Zulassung bezüglich der Getreideverwertung für Bier haben wir nicht erlangt. Bei dem Ernst des gegenwärtigen Zustandes der Volksernährung können wir lieber auf ein Glas Bier verzichten als auf ein wichtiges Nahrungsmittel. Ein Quantum von 900 000 Tonnen Getreide ist viel zu hoch. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn in Oberschlesien das Alkoholverbot durchführbar war, wird es im übrigen Deutschland auch möglich sein. Wäre das Schnapsverbot die größte Unzulässigkeit auf dem Ernährungsgebiete, so könnten wir ganz zufrieden sein. (Lebh. Zustimmung.) Bei der Fleischversorgung ist unbedingt zu fordern, daß ein gleichmäßiges Quantum von 250 Gramm für jeden gewährleistet wird. Die heute vielfach gewährten Rationen von 80, 90 und 100 Gramm sind völlig unhaltbar. Bei dem Stand unserer Viehhaltung ist die Gewährung von 250 Gramm möglich.

Die Fleischkarte hätte viel früher eingeführt werden müssen. Die Zuckerpflanzen fordern eine Erhöhung des Rohzuckerpreises von 15 auf 25 Pf. (Hört, hört! bei den Soz.) Dabei haben die Zuckerfabriken den drei- bis vierfachen Rohgewinn erzielt wie früher, die Kleinrenten dieser Industrie müssen geradezu aufreißend wirken. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die unerwünschte Forderung der Interessenten muß nicht abgewiesen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir verlangen die Nationalierung aller wichtigen Nahrungsmittel. Die beiden des Krieges sind schlimmer als es notwendig wäre, wenn man überall rechtzeitig und richtig eingegriffen hätte. Den freien Wettbewerb darf es jetzt nicht geben, Eigenmut und Gewinnhunger dürfen in der Kriegszeit nicht freien Spielraum haben. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Hoff (Sp.): Der englische Hungerungsplan wird zu schänden werden. Aber die Ernte allein ist für unser Durchhalten nicht entscheidend, die Hauptsache ist die richtige Verteilung, und darin sind schwere Fehler gemacht worden. Die Milchpreise sind jetzt doppelt so hoch wie im Frieden, ihre Verabreichung ist also dringend geboten. Selbst viele Landwirte geben zu, daß die Viehpreise

jetzt viel zu hoch sind. Sollte der Friede bald kommen, was wir alle hoffen, so müßte ein kolossaler Preissturz eintreten. (Widerpruch rechts.) Jedenfalls würden wir allen Bestrebungen, die unerhöht hohen Preise auch dann aufrechtzuerhalten, aufs energischste entgegenzutreten. Mit Rücksicht auf den Frieden müssen die Preise entschieden abgeändert werden. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Pöhme (Nat.): Unsere bisherige Wirtschaftspolitik ist durch den Krieg glänzend gerechtfertigt worden. Die Regierung sollte energischer gegen den Wucher vorgehen und nicht zulassen, daß unter ihrer Führung sich solche Mißstände bei den Viehhandelsverbänden breit machen; auch bei den Viehhandelsverbänden werden 250 Millionen Mark an Provision gezahlt. (Hört, hört!)

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (Konf.): Die deutsche Landwirtschaft hat ihre ungeheure nationale Aufgabe vollkommen erfüllt. Niemand hat die Lebensmittelpreise so billig wie in Deutschland. Aber nicht die Preisfrage steht in erster Linie, sondern die der Beschaffung von Vorräten, dann kommt die Verteilung und erst in dritter Linie das Reich. (Sehr richtig! rechts.) Die Produktionsfreudigkeit der Landwirte muß erhöht werden durch die fortwährenden behördlichen Eingriffe, von einem Produktionszwang darf gar keine Rede sein. (Zustimmung rechts.) Eine Erhöhung der Zuckerrübenpreise ist notwendig, wenn der Zuckerrübenanbau nicht in bedenklicher Weise zurückgehen soll. Unsere Landwirtschaft wird auch weiterhin für die Ernährung des Volkes sorgen, mag der Krieg auch noch so lange dauern. (Beifall rechts.)

Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki: Der Abgeordnete Schmidt fragte nach der Bedeutung des neuen Kriegsamtes. Es soll in enger Fühlung mit uns die wirtschaftlichen Aufgaben der Kriegsverwaltung erfüllen. Die Beschaffung der Lebensmittel für die Munitionsarbeiter läßt sich von den Aufgaben unfres Amtes eben nicht lösen.

Dem Abg. Schmidt bemerkte ich, wir werden den Winter benutzen, um die nächstjährige Gemüse- und Obstverwertung auf richtigere Bahnen zu stellen wie diesmal. Meine gestrigen ironischen Bemerkungen zur Alkoholfrage richteten sich nicht gegen den Ernst der Frage, sondern gegen die Ueberreibungen der Abstinenzler, die jetzt ihre Zeit für gelommen erachten. Von einem Verbrauch von 900 000 Tonnen Getreide zur Bierbereitung kann jetzt, nachdem wir die Ernte völlig übersehen, gar keine Rede mehr sein.

Zum Schluß noch einige allgemeine Bemerkungen. Die Kameradschaftlichkeit, die im Schützengraben herrscht, wo der eine die Last des andern trägt, ist leider in der Bevölkerung hinter der Front nicht in dem Maße zu bemerken, wie man es wünschen möchte. Der eine kennt die Bedürfnisse des andern nicht. Die Städter kennen das Land vielfach nur aus der Zeit, wo sie es als Sommerfrischer überschwemmt haben. Sie haben dort zum Teil mit Hilfe ihres geliebten Geldbottels den Landeuten das Letzte weggenommen und haben dann nicht einmal den Lakt beiseite, über das Vergnügen, das sie genossen haben, verschwiegen zu sein, sondern haben mit vielen Ueberreibungen erzählt, was alles auf dem Lande zu haben ist. Die Beziehungen zwischen Stadt und Land durch diese Vorgänge nicht verbessert worden. Ich kann dankbar anerkennen, daß die Notwendigkeit des Umlernens in der Landwirtschaft gerade in der letzten Zeit immer mehr Verständnis gefunden hat. Wenn man sieht, wie so aneinander vorbeigerebet und gedacht wird, wie die nötige Kameradschaftlichkeit fehlt, kann einem das Herz dabei bluten. Das darf nicht so bleiben, wenn das Durchhalten nicht außerordentlich erleichtert werden soll. Die schweren Aufgaben, die uns bevorstehen, erfordern volle Einigkeit. Jedem einzelnen sollte ins Hirn eingeschlämmt werden, daß alles darauf ankommt, den Hungerungsplan unserer Feinde nicht gelingen zu lassen. (Bravo!)

Abg. Frhr. v. Camp (Deutsche Fraktion) schildert die besondere Schwierigkeiten in der Landwirtschaft in Ostpreußen namentlich zu Anfang des Krieges, und regt an, Koststellen als Ersatz für Kartoffeln zu benutzen. Wenn man die Anbaufläche der Kartoffeln herabsetzt und dafür Kohlrüben baut, so würde ein Teil der Saat-Kartoffeln für die menschliche Ernährung frei bleiben.

Abg. Wurm (Soz. Arb.): In den letzten zwei Jahren sind die Interessen der verbrauchenden Bevölkerung zurückgestellt worden gegen die der Produzierenden. (Sehr richtig!) Es ist anerkennenswert, daß der Präsident des R. G. das bisher erzwungene Verteilungssystem nicht aufrecht erhält. Die Bevorzugung der Produzenten hält aber trotz der geringen Vorräte an, die Selbstverbraucher bekommen mehr Kartoffeln, das Doppelte an Butter, wie die Städter, beim Fleisch ist es noch schlimmer. Jede Pflöde der Getreide bezeugen die Agrarier, um die Städte, namentlich Berlin, zu benachteiligen. Und dabei wehren sie sich trotz ihrer erhöhten Einnahmen gegen eine Heranziehung dieser Gewinne zur Einkünftesteuer. (Lebh. Hört, hört!) Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte verteidigt das noch mit dem Hinweis auf die großen nach dem Krieg zu erwartenden Ausgaben. (Erneutes Hört, hört!) Das nennt man Kriegspatriotismus. Ein anderes Beispiel für den agrarischen Kriegspatriotismus: das sächsische Provinzialamt klagt darüber, daß es trotz der guten Deuenernte nicht genügend Getreide freihändig erwerben konnte, weil die Besitzer auf höhere Preise warteten. (Hört, hört! links.) Unter solchen Verhältnissen muß man energisch auf dem Produktionszwang bestehen. Herr v. Batocki lehnt ihn ab mit einem Hinweis auf einen Artikel des Sozialisten Kallisti in den Sozialistischen Monatsheften. Dieser Herr stellt den Staatszwang für jugendliche Arbeiter in eine Linie mit dem Produktionszwang, also den Eingriff in die persönliche Selbstbestimmung des Arbeiters in eine Linie mit dem Eingriff zugunsten der Gesamtheit. Einen solchen Sozialisten halten Sie für sich gehalten. (Sehr gut! bei den Soz. Arb.) Wir halten ganz energisch an der Forderung des Produktionszwanges fest. Herr v. Batocki wies auf das Verlagen der Statistik hin. Das ist keine Blamage der Statistik, sondern der Verwaltungsbehörden, die zu eng mit den Landwirten verbunden sind. Unabhängige Reichsbehörden müßten die Statistik aufnehmen. Wir wissen, daß man mit der Statistik oft Anflug treibt. So hat man gekostet mit einem statistischen Ergebnis, das in Deutschland vor dem Krieg der Fleischkonsum pro Kopf selbst noch den Engländern übertraf. Diese Statistik benutzte für Deutschland Zahlen aus dem Jahre 1912, für die andern Länder aus dem Jahre 1890. (Lebh. Hört, hört!) Unsere Schutzpolitik im Frieden hat verlangt und unsere Landwirtschaft nicht in den Stand gesetzt, unser Volk zu ernähren. Die Folge ist jetzt Knappheit, die dadurch nicht erträglicher wird, daß man sagt, im Ausland herrscht ein Mangel. Was uns der Agrarier, ist im englischen Volke der Schiffszucker, der es auch von den Lebendigen nimmt. Der Hunger braucht uns nicht niederzuringen, wird gefaßt, unsere Nahrungsmittel reichen. Dann muß aber für eine bessere Verteilung gesorgt werden. Bei dem, was jetzt geboten wird, muß weiten Kreisen der Bevölkerung der Magen knurren.

Die Nahrung enthält kaum zwei Drittel dessen an Nährstoff, was physiologisch notwendig ist. Ganz besonders muß dem Fettmangel abgeholfen werden und das kann geschehen, wenn man die dem Selbstverbraucher zugestandene Menge einschränkt. Zulassungen sind nicht nur für die Schwerarbeiter, sondern auch für viele andere nötig, die sich zu Hause nicht versorgen können. Unsere Hoffnung auf Ersatzmittel aus Haier und Getreide dürfen wir nicht zu hoch spannen, wie Präsident Batocki versichert. Dann muß man in der Alkoholfrage etwas fanatiker sein. Ich spreche nicht als Abstinenzler, der ich nicht bin, sondern vom Ernährungsstandpunkt aus. Wer durchaus nicht auf Bier und Schnaps verzichten will, soll entsprechende Mengen seiner Brot- und Kartoffelkarten dafür geben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Graf Batocki sagt, die Franzosen trinken so viel Wein und sind doch tapferer Kämpfer. Aber der Wein, den sie trinken, kann nicht für Nahrungsmittel verwendet werden, während bei der Bier- und Schnapsbereitung Getreide und Kartoffeln verwandt werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Massenpfehlungen haben nicht den geringsten Erfolg gehabt. Der Grund liegt einmal darin, daß sie nur als drei vermittelbar sind und drei ist nicht sehr verdaulich, weil er nicht gefast wird; es müßte etwa 30 Gramm Brot dazu gegeben werden. Dazu reicht wieder die Brotparte nicht. Zweitens aber kann auch für das wenige Geld, das der große Masse der Bevölkerung nur zur Verfügung steht, eine wirklich gute Nahrung nicht hergestellt werden. Ganz Europa wird von Hungersnot bedroht, wenn die wahnwitzige Kriegshysterie noch länger dauert. (Lebhafte Zustimmung.) In Dresden sind 80 000 Menschen vor das Ministerium des Innern und vor das Reichsamt gegangen. (Hört, hört!) Eine Deputation ging zum Minister und verlangte Nahrung und Frieden. (Hört, hört! bei der Soz. Arb.) Die sozialdemokratische Parteileitung in Dresden machte den Minister auf den Ernst der Situation aufmerksam. Der Minister erkannte die Berechtigung der Klagen im wesentlichen an und die 80 000 Menschen sind ruhig nach Hause gegangen. Hinter ihnen im Deutschen Reich Millionen, die von demselben Gedanken bewegt sind. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Sorgen Sie dafür, daß das Vorhandene auch dem Volke zuteil wird, daß nicht Hunger und Frostlud das Volk aushungern. (Lebhafte Beifall bei der Soz. Arbeitsgemeinschaft.)

Abg. v. **Trampowski** (Polen) führt Beschwerde über schamlose Ausbeutung der polnischen Saisonarbeiter, die zwangsweise in Deutschland festgehalten werden.

Ministerialdirektor **Lewald** sagt zu, daß alles gesehen soll, um die Arbeiter human zu behandeln und ausreißend zu ernähren.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Die Resolutionen und Anträge der Kommission werden angenommen, ebenso ein Antrag Wumm auf mögliche Einschränkung des Verbrauchs von Rohstoffen zur Alkoholbereitung.

Es folgt die Beratung der Resolutionen der Budgetkommission, die zur

Familienunterstützung

vom 1. November 1916 ab die Erhöhung auf 20 Mk. für die Ehefrau, auf 10 Mk. für jedes Kind unter 15 Jahre vorschlägt, und die Geschiedenen zum Zusehen verpflichtet. Ein Antrag Bernstein (Soz. Arb.) will diese Zuschläge in Höhe von mindestens 50 Prozent gewährt wissen, und Streichung der Bestimmung, daß die Unterstützung entzogen wird, wenn der Kriegsteilnehmer zu mehr als sechs Monaten Gefängnis verurteilt ist. Bedürftigkeit soll angenommen werden, wenn das Einkommen 1500 Mk. nicht übersteigt. Eine weitere Resolution der Kommission verlangt einmalige Kriegsteuerungszulagen für die Reichsbeamten und die in Reichsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten, sowie für Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene.

Für den Dezember beantragt die Kommission die Familienunterstützung in doppelter Höhe zu gewähren.

Abg. **Graf Westarp** (Konf.) berichtet über die Kommissionsverhandlungen.

Ministerialdirektor **Lewald**: Die finanzielle Wirkung der Resolution, wie sie vorliegt, würde sein, daß im Monat an Familienunterstützungen statt 180 Millionen 175 Millionen gezahlt werden müßten und im Dezember 850 Millionen. Das ist natürlich nicht durchführbar. Daß die Gemeinden Zuschüsse gewähren, ist jetzt schon rechtens. Die Kriegsfürsorge wird von 20 auf 80 Millionen im Monat erhöht werden, um besonders leistungsfähigen Vorkriegsverbänden zu ermöglichen, ebenfalls Zuschüsse zu leisten. Im übrigen wird bei den Familienunterstützungen nach Möglichkeit individualisiert werden müssen. Gibt es doch auch eine ganze Anzahl von Fällen, wo die Familie im Kriege eine erhebliche höhere Einnahme hat als zu der Zeit, wo der Ernährer noch zu Hause war.

Abg. **Schumann** (Ztr.) tritt für die Resolution der Kommission in; der Bundesrat hätte die Initiative zur Erhöhung der Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer ergreifen sollen.

Abg. **Hül** (Soz.) bedauert die wenig entgegenkommende Erklärung des Regierungsvorsetzenden — wird doch nur ein Teil von dem verlangt, was den Kriegsfamilien zusteht. Die Mehrausgaben, auf die der Regierungsvorsetzende hingewiesen hat, fallen gegenüber den ungefähren Milliarden, die der Krieg verschlingt, nicht ins Gewicht. Gerade diese Kriegsausgabe ist überaus wichtig. (Sehr richtig!) Den Kriegsfamilien nutzt nichts das ihnen immer versprochene Wohlwollen, wenn man ihnen die Erhöhung der Unterstützung verweigert. An allen Ecken und Enden spricht man von Patriotismus, da hätte die Regierung von selbst mit viel weitergehenden Vorschlägen an den Reichstag herantreten sollen, im Interesse der Volksernährung, im Interesse einer gesunden Volkswirtschaft nach dem Kriege. (Sehr richtig! bei der Soz.) Man wünscht, die Frau soll den Willen zum Kinde haben. Da muß man ihr auch die Mittel geben, die Kinder, die sie sich wünschen soll, auch zu ernähren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Meier-Herfort** (natl.) tritt warm für die Beschlüsse der Kommission ein.

Abg. **Kiesling** (Wp.) bittet die Regierung bringend, dem Wunsche des Reichstags mehr entgegenzukommen zu werden.

Staatssekretär **Dr. Helfferich**. Die bewährten Regierungen haben von gestern auf heute zu den Anträgen der Kommission nicht Stellung nehmen können. Ich kann nur wiederholen, daß der Reichskanzler die schwierige Lage der Kriegsfamilien infolge der erheblichen Verteuerung aller Verbrauchsgegenstände seit dem letzten Jahre anerkennt und entschlossen ist, danach zu handeln.

Abg. **Hüffel** (Soz. Arb.): Die Anträge der Kommission gehen uns nicht weit genug. Das Reich hat die Pflicht, für die Familien, denen es den Ernährer entzogen hat, ausreichend zu sorgen. Der von uns gestellte Zusatzantrag ist absolut notwendig, denn viele Gemeinden zahlen gar nichts, andere nur an die Frauen, wieder andere nur an die Kinder, und zwar 60 Pfg., nicht etwa pro Tag, sondern pro Monat. Mit den 2 Pfg. pro Tag kommen sie ihren geschlichen Verpflichtungen nach. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Leistungen der Wohlfahrtspflege verstehen wir nicht, aber wir verurteilen das System, das die Frauen auf die Wohlthätigkeit hinweist. (Beifall bei den Soz. Arb.)

Die Anträge der Kommission werden angenommen, die Zusatzanträge der Soz. Arb. abgelehnt. Nach den üblichen Schlussworten des Präsidenten Dr. Kämpf verliest der Staatssekretär Dr. Helfferich die kaiserliche Verordnung, die den Reichstag bis zum 13. Februar 1917 vertagt. Hierauf erklärt Präsident Dr. Kämpf die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch auf Kaiser, Volk und Vaterland für geschlossen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe gescheitert.

Die erste Antwort der Unternehmer des Holzgewerbes auf die von den Holzarbeitern beschlossenen Lohnforderungen ist auf einer von dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe am 17. Oktober in Berlin abgehaltenen Generalversammlung erteilt worden. Dort ist laut Mitteilung des Organs dieses Verbandes den örtlichen und Bezirksverbänden der Unternehmer ausgegeben worden, an allen Orten mit den Vertretern des Holzarbeiterverbandes Besprechungen über die eingereichten Forderungen stattfinden zu lassen. Natürlich haben sich die Unternehmer für diese örtlichen Verhandlungen, die sämtlich in der Woche vom 28. bis 28. Oktober stattfinden sollten, einheitliche Richtlinien aufgestellt, deren erste die war, die Arbeiter in möglichst umfangreichem Maße zum Verzicht auf ihre Forderungen zu bewegen. Unter keinen Umständen soll eine Erhöhung der vertraglich festgelegten Löhne Platz greifen, obgleich diese in vielen Orten seit sechs und mehr Jahren keine Veränderung mehr erfahren haben und so verschiedenartig und unklar sind, daß die Schmutzkonkurrenz in den eigenen Reihen des Schutzverbandes — trotz Tarifvertrag — eine schiebare Rolle spielen kann.

Gemäß den von ihrer Generalversammlung beschlossenen „Richtlinien“ verlangen die Unternehmer zunächst, daß bei der letzten Neuverteilung der Teuerungszulagen alle im Laufe des Krieges von ihnen gemachten Zugeständnisse angerechnet werden. Einschließlich der bisher schon gewährten ist an den meisten Orten eine Zulage von zehn Prozent am 15. November 1916 und nochmals zehn Prozent am 15. Februar 1917 geboten worden. Es sind zwar auch abweichende Angebote gemacht worden, doch betrafen diese nur die größeren „Diplomaten“ der in Frage kommenden Unternehmer. Überall aber halten sich die Unternehmer strikte an die beschlossene Weisung, die Vertragslöhne auf der möglichste niedrigsten Stufe zu halten.

Wenn bislang die Klagen der Unternehmer, daß es ihnen auch nicht zum besten gehe, der Berücksichtigung nicht wert haben mögen, so hat sich aber auch diese Sachlage in letzter Zeit doch wesentlich verändert. Sie haben schon vor längerer Zeit eine Preisberhöhung ihrer Produkte um 40 Prozent beschlossen und diese Erhöhung nach eigener maßgebender Erklärung auch tatsächlich durchgeführt. Danach hat das Publikum die erhöhten Preise anstandslos bezahlt und schon ist die Erhöhung auf 70 Prozent von mehreren Möbelfabrikanten zu verzeichnen. Es dürfte sich also wohl ermöglichen lassen, die Forderungen der Holzarbeiter zu bewilligen, denn auch mit deren restloser Durchführung wären die Teuerungsvhältnisse für die Arbeiter erst zum geringsten Teile ausgeglichen.

Nach den getroffenen Vereinbarungen der Zentralverbände hatten die örtlichen Parteien über ihre Verhandlungen einen schlichten Bericht einzusenden und zwar bis zum 30. Oktober. Sofern danach ein allgemeiner Ausgleich möglich schien, sollten wie in früheren Jahren zentrale Verhandlungen einlegen, um vom Standpunkt der Allgemeininteressen aus zu der Sache Stellung zu nehmen. Am 6. November sollten sowohl die Unternehmer wie die Arbeiter weitere Sitzkonferenzen abhalten, auf denen die endgültigen Beschlüsse gefaßt werden sollten.

Inzwischen sind aber alle weiteren Verhandlungen so gut wie nebensächlich geworden. Am 3. November traten die Zentralverbände der Unternehmer und Arbeiterorganisationen des Holzgewerbes unter Mitwirkung der zentralen Verhandlungskommission zu einer Sitzung zusammen, um zu den von den Arbeitern erhobenen Forderungen und zu der bevorstehenden Kündigung aller Tarifverträge im Holzgewerbe Stellung zu nehmen. Leider haben die zwischigen Bemühungen zu keinem Erfolg geführt, da am Abend des 4. November die Verhandlungen als gescheitert abgebrochen werden mußten.

Nach den wiederholten Erklärungen der Unternehmer wollten sie zwar nicht jedes Entgegenkommen ablehnen, doch wählten sie für ihre „Zugeständnisse“ eine Form, die darauf berechnet war, den Arbeitern mit der einen Hand etwas zu geben, um es ihnen mit der anderen gleich wieder zu nehmen. Sie boten nach langem Sträuben eine Teuerungszulage von 25 Proz., machten aber gleich die Bedingung, daß als Grundlage für die Berechnung dieser Zulage die — Tariflöhne vom Juli 1914 gelten sollten, sowie daß alle bisher gewährten Teuerungszulagen hierbei anzurechnen seien. Weiter machten sie als Voraussetzung geltend, daß die Arbeiter sich zur Leistung von Ueberstunden ganz allgemein verpflichten sollten.

Für die Holzarbeiter ergibt sich daraus mit aller willkürlichen Teuflichkeit, daß das sogenannte Angebot der Unternehmer mehr Schein als Wirklichkeit ist. Die Tariflöhne (sogenannte Mindestlöhne) bilden schon zu Friedenszeiten keinen tatsächlichen Anhaltspunkt für die Feststellung der wirklich geltenden Arbeitslöhne der Holzarbeiter; mit diesen Mindestlöhnen ist lediglich die unterste Lohnstufe für die schwächsten Arbeiter gezogen. Die Lohnstatistik ergibt einen ganz anderen Stand der wirklichen Löhne, der sich bis zu 10 Pfg. für die Stunde und darüber über dem vertraglichen Mindestlohn bewegt. Vertragslöhne von 34 bis 45 Pfg. bestehen noch in mehr als 80 Orten, 48—50 Pfg. betragen die Mindestlöhne in rund 40 recht bedeutenden Städten. Auf diese Löhne einen Zuschlag von 25 Proz. berechnet, ergibt bestenfalls 11—12 Pfg. Zuschlag oder einen Stundenlohn von 46—60 Pfg. einschließlich der zu gewährenden Teuerungszulage.

Daß die Arbeitervertreter auf ein solches „Angebot“ die Antwort nicht schuldig geblieben sind, bedarf keiner Begründung. Da aber mehr von den Unternehmern nicht herauszubekommen war, mußten die langwierigen Bemühungen als ergebnislos abgebrochen werden.

Am 8. November werden die beiderseitigen Vertreterkonferenzen sich zu diesem Resultat zu erklären haben. Daß damit der Frieden in Gewerbe nicht zu erhalten ist und die Arbeiter die Kündigung der Verträge auf der ganzen Linie werden erwägen müssen, erscheint unumgänglich.

Wie uns mitgeteilt wird, hat das Reichsamt des Innern den Parteien den Vorschlag unterbreitet, die Verhandlungen unter seiner Leitung fortzusetzen. Da sich beide Teile diesem Vorschlage kaum werden widersehen wollen, ist also mit weiteren Verhandlungen zu rechnen. Ob diese freilich zu einem anderen Resultat führen werden, erscheint bei dem derzeitigen Stand der Dinge mehr als fraglich.

Differenzen im Leipziger Baugewerbe.

Im Leipziger Baugewerbe hören die Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern fast nie auf. Es gibt einzelne Unternehmer, für die die Tarifbestimmungen nur zu bestehen scheinen, damit sie umgangen werden, und die Tarifinstanzen arbeiten leider nicht immer mit der nötigen Schnelligkeit und Gründlichkeit, um diese unerfreuliche Praxis erfolgreich einzudämmen. Neuerdings hatte sich das Leipziger Tarifamt wieder mit einigen Fällen zu beschäftigen, die in der Schlichtungskommission nicht geregelt werden konnten. Es handelt sich um die Bezahlung von Stenographen in Eisenbetonbauten, die zur Montage der Pelung- und Lichtanlage nötig sind, und nach dem Tarif für das Leipziger Vertragsgebiet als ortsbildige Maurerarbeiten gelten. Um an den Löhnen zu sparen, stellen die Unternehmer für die Arbeiten Hilfsarbeiter an, denen sie dafür einen geringeren Lohn zahlen. Der Bauarbeiterverband traut sich nicht, die Inhaber der Betongeschäfte zur Einhaltung des Tarifs zu zwingen. In einem früheren Streitfall mit der Firma Wölle erklärte sich das Tarifamt für unzulänglich und überließ die Sache dem Haupttarifamt. Das Haupttarifamt aber hat seit längerer Zeit nicht mehr getagt und die Angelegenheit ist noch immer nicht entschieden. Die Folge dieser Verschiebung waren weitere Differenzfälle ähnlicher Art mit den Firmen Alban Wetterlein u. Co. und Dunderhoff u. Widmann. Als sich diesen neuen Differenzen beschäftigte, erhob der Bauarbeiterverband den Einwand, über die Fälle könne nicht verhandelt werden, solange das Haupttarifamt den Fall Wölle nicht entschieden habe. Und das Tarifamt ging darauf ein und ließ die Fälle unerledigt.

Weitere Streitfälle, und zwar ebenfalls mit der Firma Wölle, sind wegen der Zahlung der Teuerungszulage entstanden. In einem Falle, wo es sich um Arbeiten in Plauen und Chemnitz handelte, hat das Tarifamt zugunsten der Arbeiter entschieden, daß auf Grund der tariflichen Bestimmungen an die nach auswärts gesandten Arbeiter die höhere Leipziger Kriegszulage nach der auswärts geleisteten Stundenzahl zu gewähren ist. Um so merkwürdiger verließ aber die Regelung im zweiten Falle.

Im Herbst v. J. hatte die Firma Wölle Zementarbeiter nach Schönow geschickt, das zum Berliner Vertragsgebiet gehört, ohne ihnen den dortigen Lohn zu zahlen, der 4/5 Pfg. pro Stunde höher ist als in Leipzig. Erst durch eine Arbeitsleistung erreichten die Arbeiter, daß ihnen vom 15. April an der höhere Lohn gezahlt wurde. Sie verlangten aber auch die Nachzahlung des zu wenig erhaltenen Lohns und wandten sich an die Tarifinstanzen. Vor der Schlichtungskommission kam es zu keiner Einigung und in der Verhandlung vor dem Tarifamt machte Herr Wölle eine ganze Reihe, zum Teil widersprechender Angaben. Da kam ihm der Vertreter des Bauarbeiterverbandes zur Hilfe, der den Verjährungsabweisend erhob, weil die Arbeiter nicht innerhalb acht Tagen die Schlichtungskommission anerkannt hätten. Nunmehr mußte sich das Tarifamt mit dieser Formalität befassen und wies die Forderung der Arbeiter zurück, weil sie nicht rechtzeitig erhoben worden sei. Herr Kommerzienrat Wölle hatte auf diese Weise 100 bis 200 Mk. Arbeitslohn „gespart“. Die Arbeiter hatten das Nachsehen, weil sie nicht rechtzeitig und ihre Forderung nicht sofort mit aller Schärfe vertreten haben. Mag ihnen diese Entscheidung zur Warnung dienen.

Der Straßenbahnstreik in Paris.

Nach Meldungen der Frankfurter Zeitung aus Basel besteht die Forderung der Streikenden der Pariser Tramwaygesellschaften

in dem Verlangen nach einer Teuerungszulage von 75 Cents täglich für alle Arbeiter, einschließlich der Frauen. Sie verlangen außerdem, daß diese Teuerungszulage für die Zeit vom 1. August d. J. an nachgezahlt wird. Die Gesellschaften machen die Annahme dieser Forderungen davon abhängig, daß ihnen die Stadt Paris und das Département die Erhöhung der Tarife, insbesondere an Sonntagen, gestatten. Die Regierung hat nach vergeblichen Vermittlungsversuchen im Ministerrat beschlossen, der Kammer einen Gelegenheitszuschuß zu unterbreiten, wodurch sie ermächtigt wird, während des Krieges im öffentlichen Interesse den Betrieb aller Verkehrsanstalten unter staatliche Regie zu stellen, falls dies zur Aufrechterhaltung des Verkehrs notwendig ist. Diese Maßregel ist offenbar auch wegen eines Ausstandes der Eisenbahnarbeiter beschlossen worden, unter denen ebenfalls eine lebhafte Gärung besteht.

Differenzen im englischen Bergbau.

Die Besitzer der Kohlenzechen im Südwales haben dem Arbeiterverband angezeigt, daß sie eine Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent vornehmen wollen. Die Bergleute ihrerseits haben eine Aufbesserung um 15 Prozent verlangt.

Bergarbeiterstreik in Chesterfield.

Daily Telegraph berichtet, daß etwa 1000 Bergarbeiter in Chesterfield in den Streik eingetreten sind. Sie versuchen, die übrigen 10 000 der Bergarbeiter-Gewerkschaft angehörenden Arbeiter in den Streik hineinzuziehen. Das Blatt verlangt ein sofortiges Eingreifen der Regierung.

Bergarbeiterstreik in Australien.

Dem Peit Journal wird aus Melbourne gemeldet: In elf Kohlenminenbezirken von Wainland stellen die Bergleute die Arbeit ein, da ihnen der Achtstundentag nicht bewilligt wurde.

Aus den Nachbargebieten.

Jena. Die Polizei kam auf die Spur einer Diebesbande, zu der ein Hilfskutschmann und entlassener Hilfskutschmann gehören. Mit Hilfe ihrer Familienangehörigen nahen diese bei einem Fleischermeister eine Kasse mit 1100 Mk. und andere Wertgegenstände. Einer der Diebe hatte dort seine Tochter in Stellung gegeben, die den Diebstahl ausführen mußte. Die ganze Gesellschaft wurde in Haft genommen.

Erfurt. Der Schlosserlehrling Boigt aus Stotternheim, der in einem Eisenbahnzuge auf einen Wagen gestiegen war, fiel herab gegen einen Brückenbogen, daß ihm die Schädeldecke zertrümmert und ein Arm zerhimmelt wurde. Er ist bald darauf seinen Verletzungen erlegen.

Warnsdorf i. S. Bürgermeister Eduard Klaus von Niedergrund warf sich vor einen Zug und wurde sofort getötet. Nervenüberreizung ist als Grund zur Tat anzunehmen. Klaus war noch am Nachmittag bei einer Sitzung in Warnsdorf gewesen.

Bereine und Versammlungen.

Der Dreiverein Leipzig-Bitterlich

hielt am 28. Oktober seine Halbjahrs-Generalversammlung im Bülowpark ab. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Genossen Seger über das Thema: Streikfrage durch die Kulturgeschichte erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Im Berichtsjahr haben sechs Vorstandssitzungen, eine Generalversammlung, zwei Versammlungen, ein Lichtbildervortrag und ein Ferienausflug stattgefunden. Es sind 1262 männliche und 498 weibliche Mitglieder vorhanden; von ersteren sind allerdings 872 zum Quereinstieg eingezogen, und zwar 201 Sebie und 871 Verheiratete; mit 1284 Kindern. Gefallen sind bisher 65 Mitglieder, im Berichtsjahr 8. — Aus dem Kassendbericht ist erwähnenswert, daß die Kasse in Einnahme und Ausgabe mit 1895.62 Mk. bilanziert. An Marken wurden 8447 für männliche und 8700 für weibliche Mitglieder abgegeben, das ergibt eine Einnahme von 1133.15 Mk., außerdem wurden an Wahlsondemarken 92.00 Mk. und an Eintrittsgeld 80 Pfg. vereinnahmt. An Ausgaben sind u. a. 473.40 Mk. an die Hauptkasse abgeliefert worden. Die Agitation (Gleichheit usw.) beanspruchte 188.17 Mk. und die Bibliothek (einschließlich Miete) 351.26 Mk. Der Kassenbestand betrug am 30. September 67.88 Mk. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Mit dem Wunsche, daß ein baldiger Friede eintreten möge, schloß der Vorsitzende die schwach besuchte Versammlung.

Von Nah und Fern.

Explosionskatastrophe in Dessau.

Dessau, 4. November. Gegen 1 Uhr mittags sind das Maschinenhaus und das Reinigungshaus der hiesigen Gasanstalt in die Luft geflogen. Der Dampfessel der Anlage war explodiert und hatte das Reinigungshaus mit den dort stehenden großen Retorten zerstört. Sämtliche Dächer auf dem Grundstück der Anlage wurden abgedeckt. Das Feuer wurde durch die schnell herbeigeeilte hiesige Feuerwehr gelöscht. In der Stadt wurden bis in die entferntesten Gegenden Hunderte von Spiegelscheiben eingeschlagen. Überall sind die Straßen mit Glascherben bedeckt. Zum Glück sind Menschenleben nicht zu beklagen, nur zwei Personen sind leicht verletzt worden. Das nahe der Gasanstalt liegende Garnisonlazarett wurde sofort geräumt. Der Betrieb der Anlage ist gestört, so daß die Stadt ohne Licht ist. Ueber die Entstehungsurache ist noch nichts bekannt. Die Untersuchung der Explosionsursache hat ergeben, daß dieselbe nur durch gewaltsamen Eingriff in den Reinigungsapparat erfolgt sein kann. Wie von der Gasanstaltsdirektion berichtet wird, fand eine halbe Stunde vor der Explosion die Entlastungsventile an den Reinigungsdecken noch von dem Betriebsinspektor, welcher die Ventile selbst verschloß, revidiert und in Ordnung befunden worden. Nach der Explosion wurden diese Ventile, die mit starken Nipeln und Schrauben gesichert sind, geöffnet gefunden. Das bisherige Untersuchungsresultat weist darauf hin, daß die auf der Gasanstalt beschäftigten Kriegsgesangenen den Unfall vorzüglich veranlaßt haben. Ein französischer Kriegsgefangener, der sich in der Nähe befand, ist verletzt, ebenso zwei Angestellte.

Ankunft in Rechtsfragen.

A. A. Die Firma ist gezwungen, den Gehalt für längstens 8 Wochen zu zahlen. Eine Klage des Krankengeldes ist unzulässig, auch wenn die Firma die Beiträge zahlt. Letztere gelten in diesem Falle als ein Teil der Entlohnung.

D. S., Landsturmann, Weiten. Die Kriegszeit kommt dabei überhaupt nicht in Betracht, sondern nur die aktive zwei- oder dreijährige Militärdienstpflicht, wenn diese zusammengerechnet mehr als sechs Jahre beträgt. In diesem Falle gibt es für jedes weitere Militärdienstjahr eine Aufwandsentschädigung von 240 Mark.

1887. 1. Der Armenverband kann seine gesamten Ausgaben aus der Hinterlassenschaft decken. Er kann aber, wenn bedürftige Erben vorhanden, ganz oder teilweise davon Abstand nehmen. 2. 18 Grad Reumur; in Krankenhäusern kommt es auf die Art der Krankheit an.

Briefkasten der Redaktion.

M. B., Taucha. L. 7: Narven, die die für den Militärdienst nötige Gebrauchsfähigkeit eines Körpers nicht wesentlich beeinträchtigen oder das Tragen der militärischen Dienstbekleidung oder Anstrahlung erschweren oder entstellen wirken.

R. St. E. 47: Damals chronische Lungenkrankheit, die eine wesentliche Störung des Atmens bedingte oder einen schädlichen Einfluß auf den allgemeinen Körperzustand ausübte. Ueber die Art der neuerdings festgestellten Kriegsverwendungsfähigkeit wird jedenfalls erst später entschieden werden.